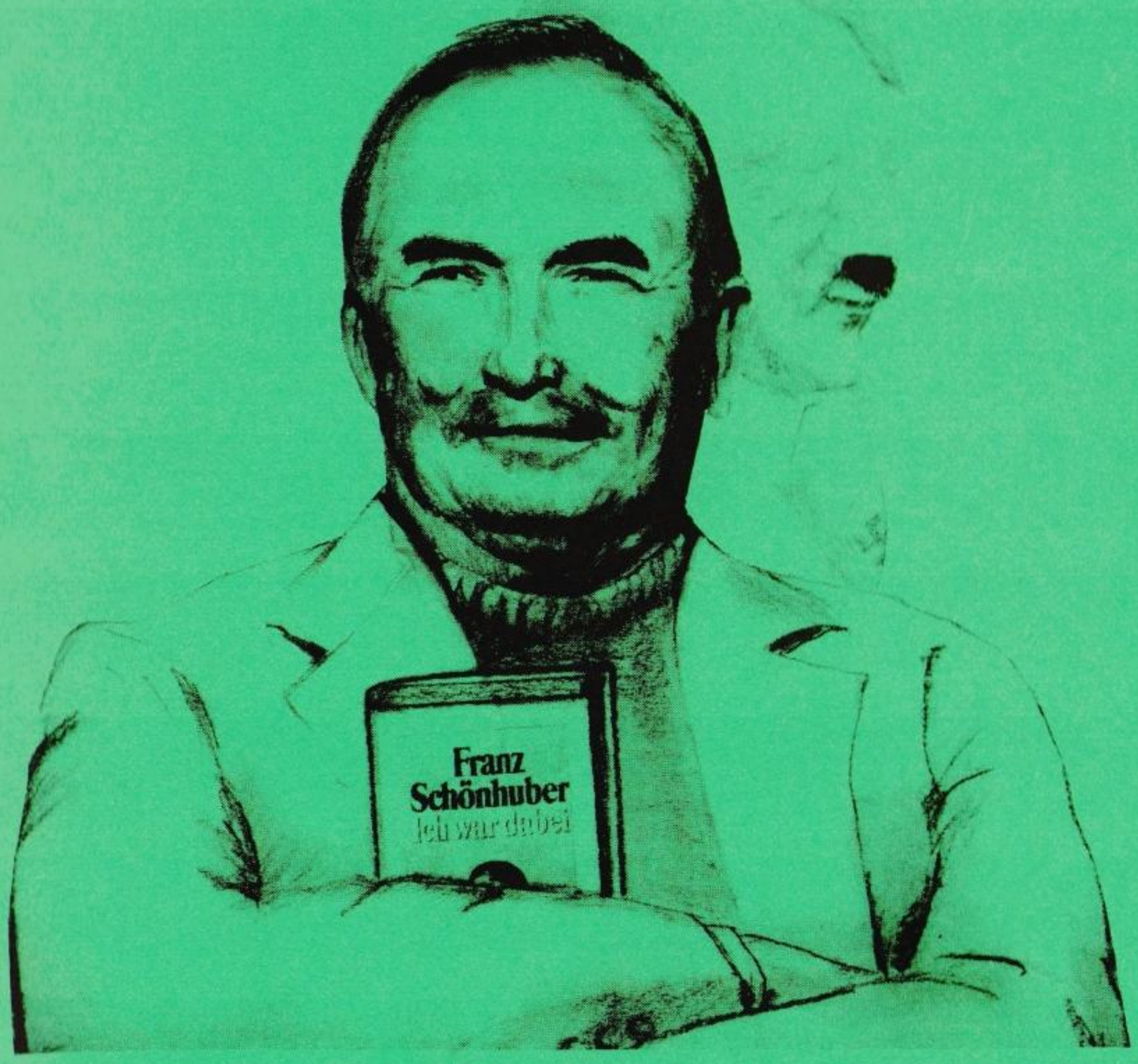
42. REC. III. 2

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

HEFT 17 MAI / JUNI 4. JAHRGANG 1989 DM 1.50

Sind die Republikaner Faschisten ?



IN DIESEM HEFT :

Einleitung.....S. 3
Die Republikaner sind Faschisten-was sonst ? .....S. 4
Impressum.....S. 7
Ist gegen Republikaner kein antif. Widerstand nötig?...S. 8
Mit Hanne und Esther gegen Faschisten.....S.12
Aufruf:RecklinhäuserInnen gegen aufkommenden Neofasch..S.15
Interview mit Hanne Hiob-Brecht.....S.16
Aktuelle Probleme in der antifasch. Bewegung.....S.17
Blick nach draußen.....S.2o
Die REP-eine intelligente Variante d. Rechtsextrem.....S.24
DVU auf Tour de Ruhr.....S.28
Militanter Antifaschismus.....S.3o
Biobauern ungewollt in Neonazi-Magazin.....S.34
FAP-Kundgebung in Aachen.....S.35
Der Feind steht rechts.....S.37
Arbeite mit im AFB.....S.38
Charta des europäischen Bürgers.....S.4o

Verkaufsstellen:

Dortmund
- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Akzent-Buchhandlung

Herne:
- Kornmühle
- Informationszentrum 3.Welt
- Grünes Büro
- DKP-Büro

Marl
- Bücherladen
- Die Mühlen-Kneipe

Recklinghausen
- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübbelken-Kneipe
- Acht-acht-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Altstadtschmiede
- Grünes Büro

Dülmen
- Vollkörnchen
- Grünes Büro

Münster
- Kneipe "Frauenstr.24"
- Café Malik
- Café Prütt
- Akzent-Buchladen
- Kulturzentrum "Kuba"
- Café America-Latina
- Naturkost "Kopf und Hand"
- Kneipe "Destille"

Bochum
- Akzent-Buchhandlung

Herten
- Büchereule
- Bioladen

ANZEIGE

EINLEITUNG

"Wie halten wir es mit den **Republikanern?"**

Diese Frage beschäftigt zur Zeit viele in unserer Republik.
Nicht zu leugnen , daß die Schönhubertruppe landauf landab Erfolge erzielt.
Angespornt durch das Berliner Wahlergebnis sind sie inzwischen so dreist, sich als künftige Teilnehmer einer Regierungskoalition zu sehen. Mit wem,erübrigt sich wohl zu vermerken.
Das heißt, sie schätzen selber, daß sie ihr Teilziel, als "demokratische" Kraft **hoffähig** zu werden, bereits erreicht haben.
Aus allen möglichen Richtungen erhalten sie dabei Bestätigung:
Sei es, daß Leute wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Wagner sie als demokratischer als die Grünen bezeichnen, sei es, daß viele Zeitungen ihnen bereitwillig viel Raum für ausgiebige Stellungnahmen, Artikel und Interviews (selbst in der taz!) zur Verfügung stellen, sei es, daß die Meinungsinstitute ihnen die gewünschte Akzeptanz bereitwillig bescheinigen - mindestens **7%** sollen bundesweit angeblich die Republikaner wählen wollen - kaum einer kommt auf die Idee, ihnen jegliches Recht auf demokratische Meinungsäußerung abzusprechen!
Warum das so ist und daß das so nicht gut ist, damit beschäftigen sich zentrale Artikel der vorliegenden Ausgabe der **AntifaZ.**
Auch die programmatischen Äußerungen der Republikaner werden einer Kritik unterzogen:**Sind sie nun Faschisten oder nicht?**
Angesichts einer großen Zahl **antifaschistischer Konferenzen** und **Tagungen** in diesen Wochen gehen wir außerdem mal wieder ein wenig auf die **aktuellen Probleme** der antifaschistischen Bewegung ein,allerdings hier ohne den Anspruch auf Vollständigkeit, vielmehr bezogen wir uns auf einzelne Erscheinungen, die uns aufgefallen sind.
Da an vielen Orten am **1.Mai** sicherlich auch antifaschistische Aktionen stattfinden, haben wir die Auflagenhöhe dieser Ausgabe erhöht - in der stillen Hoffnung, daß aus den verschiedenen Städten, in denen die **AntifaZ** verkauft wird, auch größere Mengen bestellt werden.
In diesem Sinne:Munter voran beim Aufbau eines ruhrgebietsweiten Vertriebsnetzes der **AntifaZ.**

Eure **AntifaZ**-Redaktion

Die Republikaner sind Faschisten - Was sonst?

Die Tatsache, daß die Republikaner in Berlin 7,5% der Stimmen bei den dortigen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus bekommen haben, scheint einige Leute dahingehend zu verführen, ihnen schon deshalb demokratische Attribute zugestehen zu wollen. Auch die ständig neu beschworene demokratische Einstellung der Republikaner durch sie selber scheint einige zu verführen, ihnen das auch zu glauben. Sie grenzen sich ja mit aller Vehemenz z.B. von der NPD ab, die laut Schönhuber "ja so ungeheuer gestrig in ihrem Zuschnitt war".

Den Republikanern geht es sehr darum, nicht so "gestrig" zu wirken. Faschisten sind es dennoch.
Die Täuschungsmethoden, die sie heutzutage anwenden, wurden schon vor längerer Zeit ausgeklügelt. So heißt es schon 1973 in der faschistischen (in Argentinien erscheinenden) Zeitung ‚La Plata Ruf':

"Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee der ‚Ewig Gestrigen' passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen....In der Fremdarbeiterfrage etwa erntet man mit der Argumentation ‚Die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert:‚Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zu den Menschen gebracht werden.' Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer wird aber grundverschieden sein."
Auf der gleichen Linie liegen die Äußerungen des REP-Vorsitzenden Schönhuber in einem Interview mit der Zeitung "taz":
"Wir befürchten eine Verschlechterung der Verhältnisse der deutschen Arbeiter, Handwerker und Bauern, weil man den Industriestandort von Deutschland in Billigländer verlegen wird. Wem nützt die EG? Schlicht und einfach: den Euromultis."

Nun ja, das Vorbild für derartigen "Antikapitalismus" kann jeder sich in der deutschen Geschichte selber heraussuchen.

Wer allein auf derartige Äußerungen hört, wird sich möglicherweise täuschen lassen.
Aber auch schon in den zwanziger Jahren war es ein Fehler, nur die öffentlichkeitswirksamen Äußerungen der Faschisten zur Kenntnis zu nehmen.
Will man den faschistischen Charakter der REP erkennen, muß man auch heute zumindest ihre programmatischen Aussagen untersuchen.
Ausgehend von einem biologistischen Menschenbild propagieren sie eine Eliteherrschaft an der Spitze der Volksgemeinschaft. Sie vertreten eine Volksgemeinschaftsideologie auf der Grundlage der Leistungsgemeinschaft.
Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld, sogenannte asoziale Ansprüche auf Kosten der Leistungswilligen, sollen verweigert werden. Die Gewerkschaften sollen sich nach den Vorstellungen der REP auf das Gedeihen der Arbeitstätten beschränken. In der Konsequenz bedeutet das:
die Vertretung der Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung und anderer gesellschaftlicher Gruppen soll beseitigt werden. Der Staat habe das Ausufern von Einzel- und Gruppeninteressen zu un-

terbinden. Alle haben sich dem Diktat der Volksgemeinschaft als Leistungsgemeinschaft zu unterwerfen.
In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung nach einem starken Staat folgerichtig, der den Einzelnen Opfer und Dienstleistungen abfordert. Dies ist in Kurzform das gleiche Strickmuster, das von den Faschisten und vielen Konservativen auch während der Weimarer Republik vertreten wurde. Nun einige Programmpunkte im einzelnen:

Großmachtziele der REP

Die REP fordern in ihrem Programm ein "Deutsches Reich in allen seinen Teilen".Was damit gemeint ist, macht u.a. folgendes Zitat aus der Republikaner-Zeitung Nr.12/86 deutlich:
"Hat es nicht ein großes geschlossenes Gebiet als Substrat der deutschen Geschichte gegeben, den Raum Mitteleuropa, der seit einem Jahrtausend zum Volk der Deutschen gehört?Existiert das Land nicht mehr, das den Namen Deutschland getragen hat?"
In der gleichen Zeitung heißt es im Januar 1988:
"Was über Polen gesagt wurde, gilt auch für die Tschechen:Prag statt Praha lassen sie noch zu, aber Karlsbad soll Karlovy Vary heißen, Marienbad Marianske Lazne und Eger Cheb. Jeder, der das nachplappert, klinkt sich aus der deutschen Geschichte aus, die durch großartige Leistungen von deutschen Bauern, Kaufleuten und Geistlichen bei der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Ostmitteleuropas gekennzeichnet ist."

Also, Polen und die Tschechoslowakei gehören zum "Deutschen Reich".Neben solchen Gebietsansprüchen begründen die REP die Schaffung eines großdeutschen Reiches mit der Verwirklichung der "Selbstbestimmungsrechte" und der "Menschenrechte für Deutsche". In ihrem Programm fordern sie:
"Die staatliche und nationale Einheit Deutschlands auf Grund des - auch für das deutsche Volk geltenden - freien Selbstbestimmungsrechts."

Selbstbestimmung der Deutschen?

Wer sich nach Meinung der REP als Deutscher selbst bestimmen soll, wird u.a. im Republikaner vom September 1988 ausgedrückt:
"So nagen viele Tiroler am Hungertuch, die alten Höfe verfallen zusehends(...)Mangelnde Strukturhilfen für die deutschen Familien seitens der italienischen Regierung tragen ein gerütteltes Maß an Mitschuld. In die Städte werden seit Jahren sizilianische Arbeiter gepumpt, um ihnen ihren deutschen Charakter zu nehmen. Die Deutschen sollen im eigenen Land übervölkert werden.(...)Die Deutschen in Südtirol brauchen unsere Solidarität, unser Verständnis für ihre Not. Das Eintreten für die Rechte der Südtiroler sollte ebenso selbstverständlich sein wie das Eintreten für die Deutschen jenseits des anderen Vorhangs."
Es ist schon erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit hier ein Teil Italiens als "eigenes" Land der Deutschen bezeichnet wird.
Die REP-Forderung nach "Selbstbestimmung" hat nichts mit den Kämpfen

um Selbstbestimmung etwa in Kurdistan, Namibia oder Azania zu tun, welche sich gegen die imperialistische Abhängigkeit zur Wehr setzen. Die von den REP propagierte "Selbstbestimmung" ist im Gegenteil die Aufforderung an den westdeutschen Imperialismus, kriegerisch in Polen, der Tschechoslowakei, Österreich oder Italien aktiv zu werden.
So schreibt ein Prof. Hofmann in "Der Republikaner" 10/87:

"Wer außer uns Deutschen selbst hätte das Recht und die Pflicht, gebieterisch - und unbequem - die schnelle Beendigung der wahrhaft ahistorischen deutschen Teilung zu verlangen?"

Was, wenn nicht kriegerische Abenteuer, soll denn mit "gebieterisch" und "unbequem" gemeint sein?

Die REP und das Grundgesetz

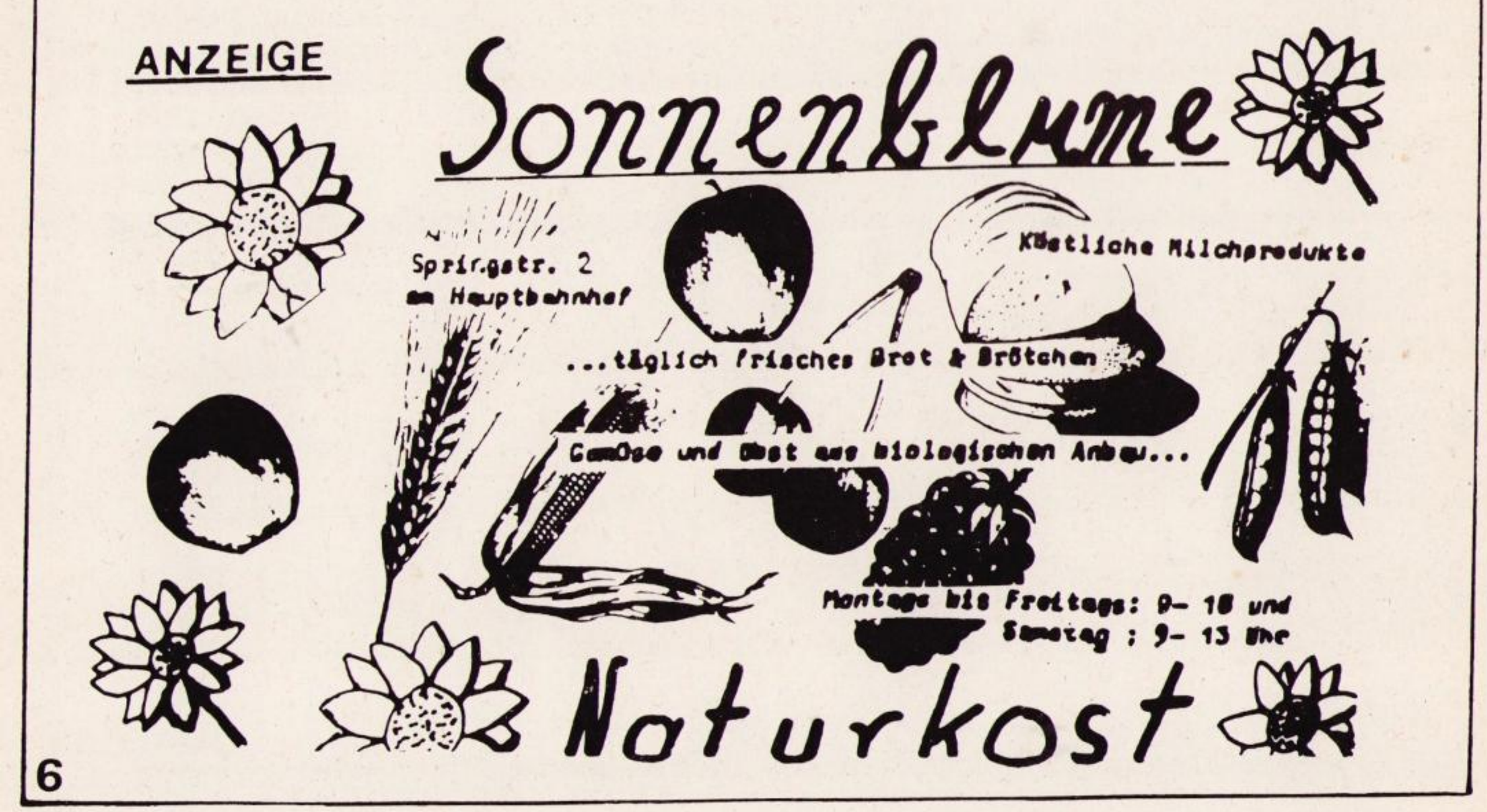
Die REP beziehen sich in ihrem Programm auf das Grundgesetz und befürworten eine rechtsstaatliche Ordnung. Doch wie soll die aussehen?
"Die Republikaner als eine deutsche Partei setzen sich für das Lebensrecht und die Menschenrechte aller Deutschen im Sinne des Grundgesetzes ein".(1987)
Hier wird deutlich, daß die REP als eine "deutsche Partei" Rassismus zur Grundlage ihres Staatsgedankens macht."Lebensrechte" und "Menschenrechte" sollen ausdrücklich nur für Deutsche gelten.
Die REP treten weiter ein "für eine rechtsstaatliche Ordnung, in der Rechte und Pflichten des Einzelnen und die von Familie, Volk und Staat geachtet und gewahrt werden."

Wie das Verhältnis der Rechte und Pflichten zueinander aussehen soll, wird in folgendem deutlich:
Die REP sind für eine Ordnung, "in der die individuellen Rechte und gemeinschaftsbezogenen Pflichten wieder im Einklang stehn", und weiter:"für eine staatspolitische Erziehung, die den Einzelnen in Freiheit dienen läßt, ihm auch Opfer und Dienstleistungen abfordert."
Also, das "Recht" des Einzelnen ist es zu "dienen", und der Staat ist so frei, diese Dienstleistungen "abzufordern" - eine wirklich äußerst demokratische Staatsauffassung!

Der Rassismus der REP

Jedem, der die Propaganda der REP liest, fällt sofort die Hetze gegen "Ausländer" und "Asylanten" auf. Da wimmelt es von

ANZEIGE



"Scheinasylanten", "kriminellen Ausländern", die Rauschgift verkaufen und und und...
Es wird behauptet, "daß umweltfreundliches Verhalten gewisser Ausländergruppen besonders zu wünschen übrig läßt", es wird vor "drohender Überfremdung" gewarnt. "Die Deutschen sterben aus".
Doch die Hetze der REP richtet sich nicht gegen die "Ausländer" allgemein, sie richtet sich vor allem gegen den Teil der Ausländer, der den REP in der BRD besonders aufgefallen ist:

Parole an einer Westberliner Kirchengemeinde 1978

"Unter den Streikposten zeichen sie (die Ausländer) sich durch besondere Aktivität aus." Es geht also vor allem um die ausländischen Arbeiter, die den REP ein Dorn im Auge sind.So heißt es in einem REP-Flugblatt, daß "ausländische Spitzenkräfte" bleiben dürften. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus richten sich in erster Linie gegen die Arbeiter, was an ihren "ausländerpolitischen" Forderungen besonders deutlich wird.Aus dem Programm:
"Ausländer sind Gäste. Dieses schließt,wie in der Schweiz, unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Dauer-aufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus."
Das bedeutet im Klartext die Verweigerung jeglicher humaner und sozialer Rechte für ausländische Arbeiter.

Elite und Genie

In der Frage der "Eliten" wollen wir kurz Professor Weinschenk, ehedem Berliner REP-Vorsitzender, zu Wort kommen lassen:
"..Eliten braucht jede Gesellschaft, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will(...)Hier gilt es, mit Vorurteilen aufgrund historischer Ereignisse ("Eliten" im "Dritten Reich",etc.) aufzuräumen.(..)Hochbegabte können, zumal bei einem 40jährigen Nachholbedarf, unterstützt werden."
Da hat sich der Herr Professor mit seinem 40jährigen Nachholbedarf wohl ein wenig verplappert, das kann doch wohl nur heißen, daß es im Faschismus Elitebildung in seinem Sinne gegeben hat. Wie hatte Hitler es formuliert:

"Denn die Größe eines Volkes ergibt sich nicht aus der Summe aller Spitzenleistungen, dieses ganze Kulturgebäude ist (...)zweifellos das Resultat aus der Anwendung der menschlichen Arbeitskraft zur Verwertung der Schöpfungen von Genies und Talenten ".(Rede Hitlers vor dem Düsseldorfer Industrieclub, 27.1.1932)
Die Arbeitskraft soll also einzig dazu dienen,die Schöpfungen der Eliten in die Tat umzusetzen - wie deren Schöpfungen 1933-45 ausgesehen haben, kann jeder ausgiebig zur Kenntnis nehmen.

Schluß

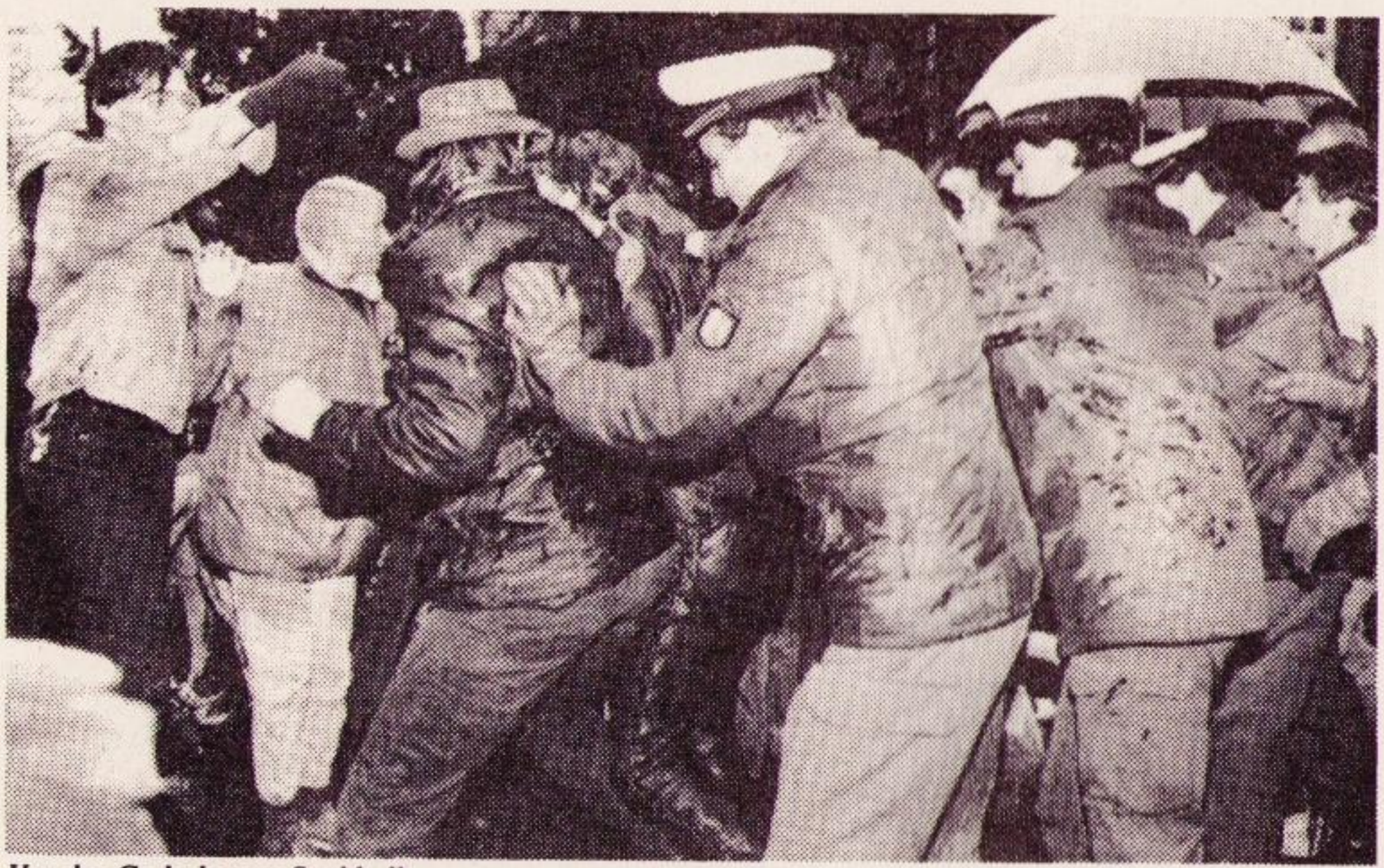
Hier wurde nur ein kleiner Abschnitt der REP-Programmatik beurteilt.Der Faschismus springt ins Auge. Wer sich ausführlicher mit republikanischen Zielen auseinandersetzen will, der sollte die ausgezeichnete Broschüre **"Vorsicht - Republikaner"** lesen, welche gemeinsam von Volksfront und VVN in Westberlin erstellt und herausgegeben wurde. Bestellungen an GNN Westberlin,Czeminskistr.5,1/62.

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P. Norbert Gölitzer, Michaelstr. 14,435 Recklinghausen, Tel.:02361/35831
Redaktionsanschrift:AntifaZ, Altstadtschmiede, Kellerstraße 10,4350 Recklinghausen.
Redaktionssitzung:Mittwochs 17.00 Uhr, Altstadtschmiede
Bankverbindung: Stadtsparkasse Recklinghausen, BLZ42650030
Konto:100022938
Auflage:600
Mitgewirkt haben:Carsten,Wolfgang E.,Wolfgang T.,Martin, Eckhard, Falko, Ingrid, Andreas, Petra, Antje und Uwe.
Druck:druckwerk, Wellinghoferstr. 103,46 Dortmund-30

Ist gegen "Republikaner" kein antifaschistischer Widerstand nötig?



Vor der Godesberger Stadthalle

In diesen Wochen lassen die Republikaner nichts unversucht, um ihren Spielraum als "demokratische" Kraft zu erweitern. Mit 1 000 Teilnehmern wurde am 5.April in Bonn-Bad Godesberg erneut demonstriert, daß hier eine politische Kraft entstanden ist, die sich als zukünftige Koalitionspartnerin der CDU/CSU betrachtet.

Selbstgefällig erklärt REP-Chef Schönhuber, die interessierte Seite sei die CDU/CSU;er selber könne sich ein Bündnis mit der Union zur Zeit (solange Geißler Generalsekretär sei) nicht vorstellen.

Nach eigenen Angaben sei die Zahl der Parteimitglieder auf inzwischen 13 000 angestiegen, nach seinen Erfolgen in Berlin und Hessen rechnet Schönhuber fest mit dem Einzug in den nächsten Bundestag, laut Umfragen hätten die Republikaner ein Wählerpotential bis zu 25%.

Umfragen im Ruhrgebiet ergaben, daß zur Zeit ungefähr 7% die Republikaner wählen würden.

Noch eindrucksvoller sind die Prognosen der Recklinghäuser SPD:Sie rechnet damit, daß die REP bei den Kommunalwahlen im Herbst in Recklinghausen um die 15% der Stimmen erhalten.

Aus Unionskreisen wird diese Partei schon jetzt massiv umworben.

So lud die Junge Union Herten die REP für den 31. Mai zu einer Podiumsdiskussion "40 Jahre Grundgesetz" ein, woraufhin die ebenfalls eingeladenen Grünen ihre Teilnahme verweigerten.

So erklärte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Wagner öffentlich:

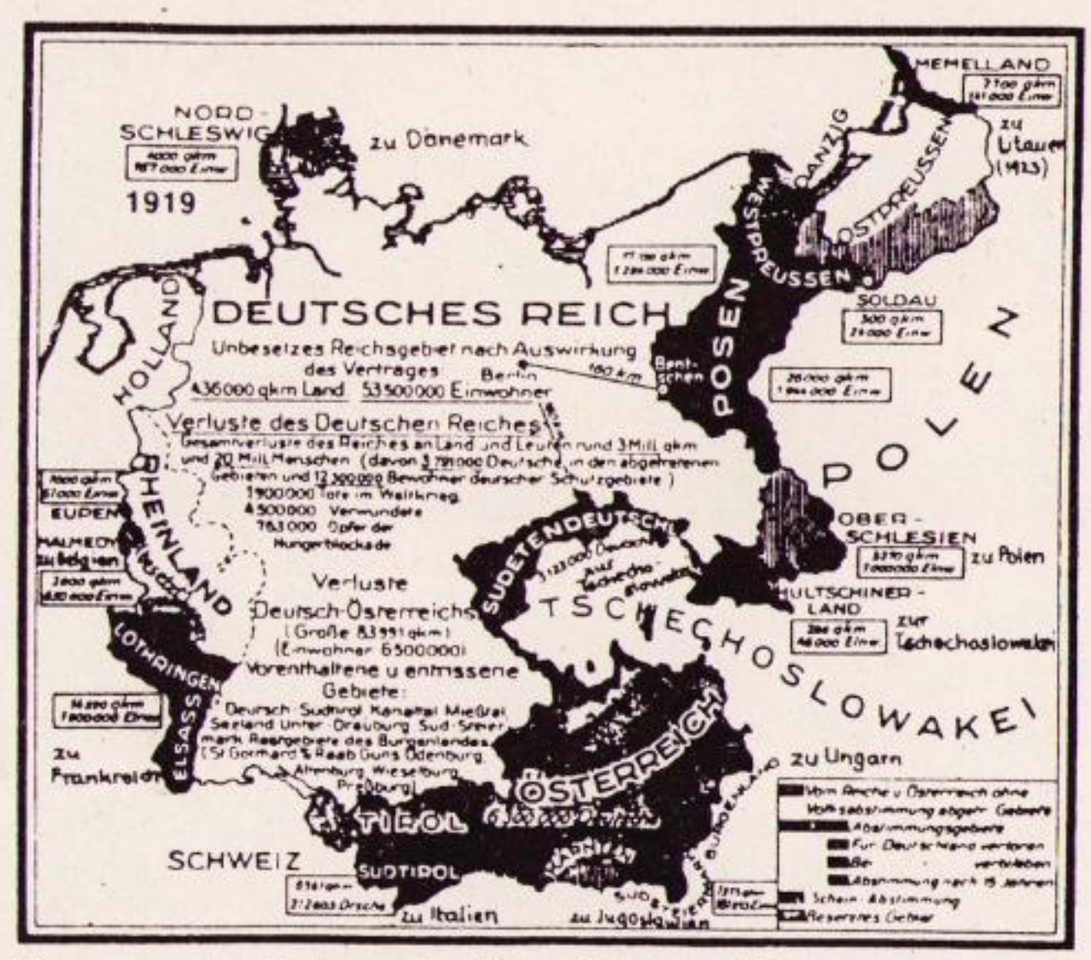
"Es geht nicht an, daß die Grünen, deren Verfassungstreue eher zweifelhaft ist als die der Republikaner, eine erstklassige demokratische Partei sind, und die Republikaner sind draußen."

Daraufhin lobt ihn Schönhuber natürlich erfreut:

"Wir wissen durch vielfältige Gespräche, daß die positive Einstellung Wagners in der CDU/CSU keine Einzelmeinung darstellt, sondern vielerorts geteilt wird."

Die Grünen im Mainzer Landtag erklärten nach den Wagner-Äußerungen, Wagner habe "hunderttausende, ja Millionen von grünen WählerInnen diskreditiert", sie prüfen derzeit, mit welchen rechtlichen Mitteln sie gegen die "Verunglimpfungen" des Ministerpräsidenten

vorgehen können.
Wagners Äußerungen waren kein Ausrutscher, hat dieser Mann doch schon im Oktober 1986 auf dem "Tag der Soldaten- und Traditionsverbände" - damals als Stellvertreter des Ministerpräsidenten B.Vogel - offiziell eine Rede vor der ultrarechten "Gemeinschaft der Soldaten- und Traditionsverbände Rheinland-Pfalz und Saarland" gehalten - einer Vereinigung, der auch die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS) angehört.
Doch nicht nur die CDU-Rechten sind dabei, Schönhuber hoffähig zu machen. Selbst die linksliberale TAZ druckt ein Interview mit ihm, in dem er sich teilweise ein geradezu ökosozialistisches Mäntelchen umhängen kann. Schönhuber erklärt:
"In der Frage Ökologie und Umwelt wird man sich in der EG auf dem niedrigsten Niveau, dementsprechend für unser Land schlechtesten Niveau, des Umweltschutzes einigen."
und wird geradezu zum Antikapitalisten:
"Wem nützt die EG?Schlicht und einfach den Euromultis. Die werden die größten Geschäfte des Jahrhunderts machen."
Schönhuber reist landauf, landab,durch die Republik, ohne daß ihm von antifaschistischer Seite bisher der gleiche Widerstand entgegengebracht würde,wie dies bei der "DVU Liste D" weitgehend geschieht.
Wurde zum Beispiel noch der Landesverband NRW der DVU in Schwelm verhindert, wurden Kundgebungen der DVU in



Karte aus der Zeitung der Repulikaner 9/88

Castrop-Rauxel, Bochum und Gelsenkirchen nahezu unmöglich gemacht, dann sieht das bei den Republikanern ganz anders aus:
So schätzt z.B. die Bonner "Initiative - Gemeinsam gegen den Neofaschismus" den Vorschlag, die Veranstaltung mit Schönhuber am 5.4. zu verhindern, als unrealistisch ein.Stattdessen wird ein alternatives Programm aus "Protest, Information und Kultur" auf der Godesberger Rigalschen Wiese in der Nähe der Stadthalle angeboten. Flugblätter sollen allerdings unmittelbar vor der Statdthalle verteilt werden.
Wie kommt es zu so einer Einstellung?
Hängt es damit zusammen, daß die Republikaner seitens des Verfassungsschutzes nicht beobachtet werden? Angeblich wird die DVU ja beobachtet.
Gelten die Republikaner inzwischen auch innerhalb des antifaschistischen Spektrums nicht mehr als neofaschistisch, sondern nur noch als ultrakonservativ?

Die Antwort ist vielschichtig.
Ein Teil der westdeutschen "Linken" - oder was sich dafür hält- hat inzwischen tatsächlich eine vehemente Kampagne begonnen, den ihrer Meinung nach 'traditionellen' Antifaschismus zu kritisieren, der angeblich allein mit Verbotsforderungen und Veranstaltungsverhinderungen vorgehe.
Diese Kritik, wie sie zum Beispiel in der vielgelesenen Zeitschrift "Kommune" zunehmend ausgiebig entwickelt wird, ist einer der bisher frechsten Versuche, die Weiterentwicklung antifaschistischer Arbeit zu behindern, bzw. in eine Richtung zu kanalisieren, die letztlich dem Faschismus sein Recht auf ‚freie Ausbreitung' zugesteht.
So schreibt Bernhard Ulrich in der Ausgabe der "Kommune" vom April 1989:
"Es hat auf Dauer keinen Zweck, den Streit mit jungen Neonazis zu verweigern und sie selbst am

Reden hindern zu wollen. Der Faschismus ist kein Virus, er ist nicht ansteckend.Es hat keinen Zweck, aus lauter Angst vor dem (inneren) braunen Schweinehund, zum Beispiel die Ausstellung der wirklich lächerlichen Nazi-"Kunst" zu verhindern. Ein innerlich gereifter Antifaschismus ist nicht durch Sprech-, Denk- und Meinungsverbote zu erreichen.Repression gegen den Rechtsextremismus verhindert diesen nicht - es sei denn, man denkt hier ernsthaft an flächendeckendes Ausrotten und Rausschmeißen. Der Ruf nach dem Staat ist nur da angebracht, wo die Rechte sich bewaffnet."

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus einem langen Artikel, der von solchen "innerlich gereiften" Erkenntnissen nur so strotzt. Eine seiner besonders frechen Behauptungen besteht darin, daß der antifaschistische Widerstand im Grund mit zur Stärkung des Faschismus beitrage. Rufe wie "Nazis raus!" stünden auf der gleichen (unreifen) Stufe wie "Juden raus!", sie trügen "nicht zuletzt dazu bei, die Neonazis in eine Ecke zu drängen, in der ihre von innen drängende Gewalttätigkeit von außen bestätigt und genährt wird."

Zu Herrn Ulrichs Information: Die antifaschistische Bewegung ist ein klein wenig reifer, als er dies vermutet. Sie hat sogar schon erkannt, daß die Gefahr eines neuen Faschimus keineswegs allein oder in erster Linie von den neofaschistischen Organisationen ausgeht, sondern von denjenigen, die angeblich von Leuten wie Schönhuber bekämpft werden, nämlich den Konzernen.

Diese sind nämlich die eigentliche Ursache für eine zunehmende Verelendung und eine zunehmend diktatorische Repression seitens des Staates, in dem wir leben, eines Staates, in dem Herr Ulrich dem Faschismus nur eine "letztendliche politische Chancenlosigkeit" zubilligen kann.

Wenn dank der tatkräftigen Hilfe der arbeiterfeindichsten Regierung, die seit Gründung der Bundesrepublik hier die Geschäfte des Kapitals verwaltet, heute wieder der Versuch auch einer faschistischen Massenbewegung gestartet wird, wenn bei den Republikanern große Teile der Mitgliedschaft sich aus diesem Staat, seiner Beamtenschaft und seiner Polizei rekrutiert, dann steht die Frage nach der Gefahr eines neuen Faschismus nicht so, wie Ulrich es vermutet.

Er hat vermutlich noch nicht mitbekommen, daß nicht nur und auch nicht in erster Linie von diesen neofaschistischen Gruppen Gewalt gegen Ausländer

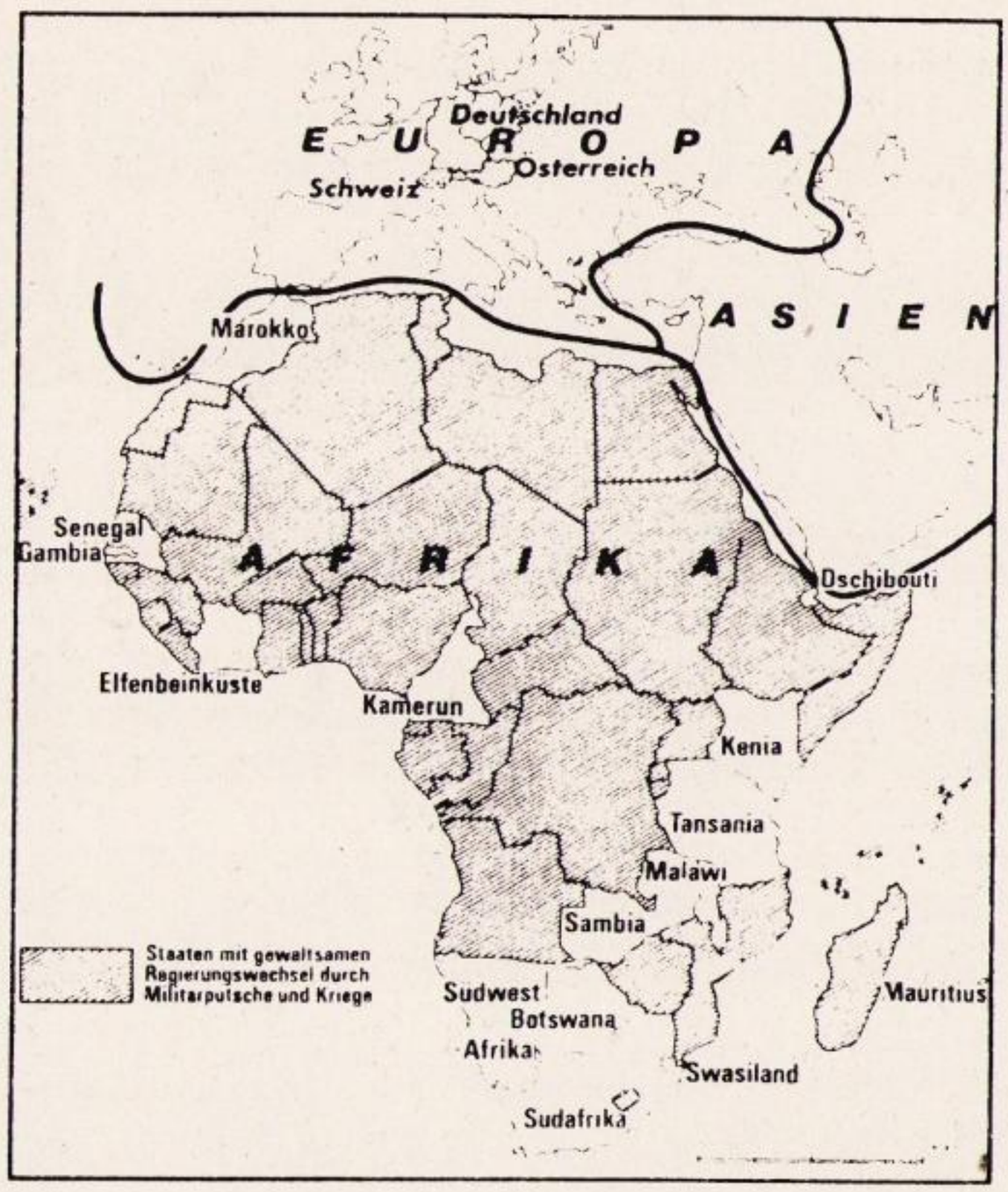
Gegendemonstranten ließen in Westberlin den Bundesvorsitzenden Schönhuber vor dem Reichstag nicht zu Wort kommen, als er im Juli 1987 "zur Eroberung der Hauptstadt" angetreten war.

Abgeordnetenhaus-Wahlen mit Vergleichszahlen

Wahlberechtigte	1989:	1 532 780	Wähler	1989:	1 220 458	79,6 Prozent	Gült. St.	1989:	1 200 411	Ungült. St.	1989:	18 952
	1985:	1 507 276		1985:	1 259 788	83,6 Prozent		1985:	1 245 004		1985:	14 246
	1981:	1 514 642		1981:	1 291 842	85,3 Prozent		1981:	1 262 166		1981:	28 365

		CDU		SPD		Altern. L.		FDP		DA*		SEW		ÖDP		REP	
		Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
Insgesamt	1989:	453 161	37,8	448 143	37,3	141 470	11,8	47 129	3,9	4 983	0,4	6 873	0,6	8 512	0,7	90 140	7,5
	1985:	577 867	46,4	402 875	32,4	132 484	10,6	105 209	8,5	15 857	1,3	7 731	0,6	163	0,0	—	—
	1981:	605 265	48,0	483 778	38,3	90 653	7,2	70 529	5,6	—	—	8 176	0,6	—	—	—	—

und Asylbewerber ausgeübt wird, sondern in sehr viel größerem Maß von Seiten dieses Staates, seiner ‚demokratischen' Gerichte, seiner Amtsstuben und nicht zuletzt seiner augenblicklichen Regierung.
Sie tragen in großem Maß dazu bei, daß Neofaschisten sich derartig ermutigt fühlen, Asylbewerberheime anzustecken und ausländische Bürger zu erschlagen, wobei ihnen dann deutsche Gerichte "keinerlei politische Motive" unterstellen.
Leute wie der "Kommune"-Redakteur stoßen in das gleiche Horn wie die Regierungsvertreter, die die Republikaner als demokratisch und die DVU, die NPD und die FAP zwar als rechtsradikal, aber immer noch als seitens des Staates zu schützende Organisationen betrachten.



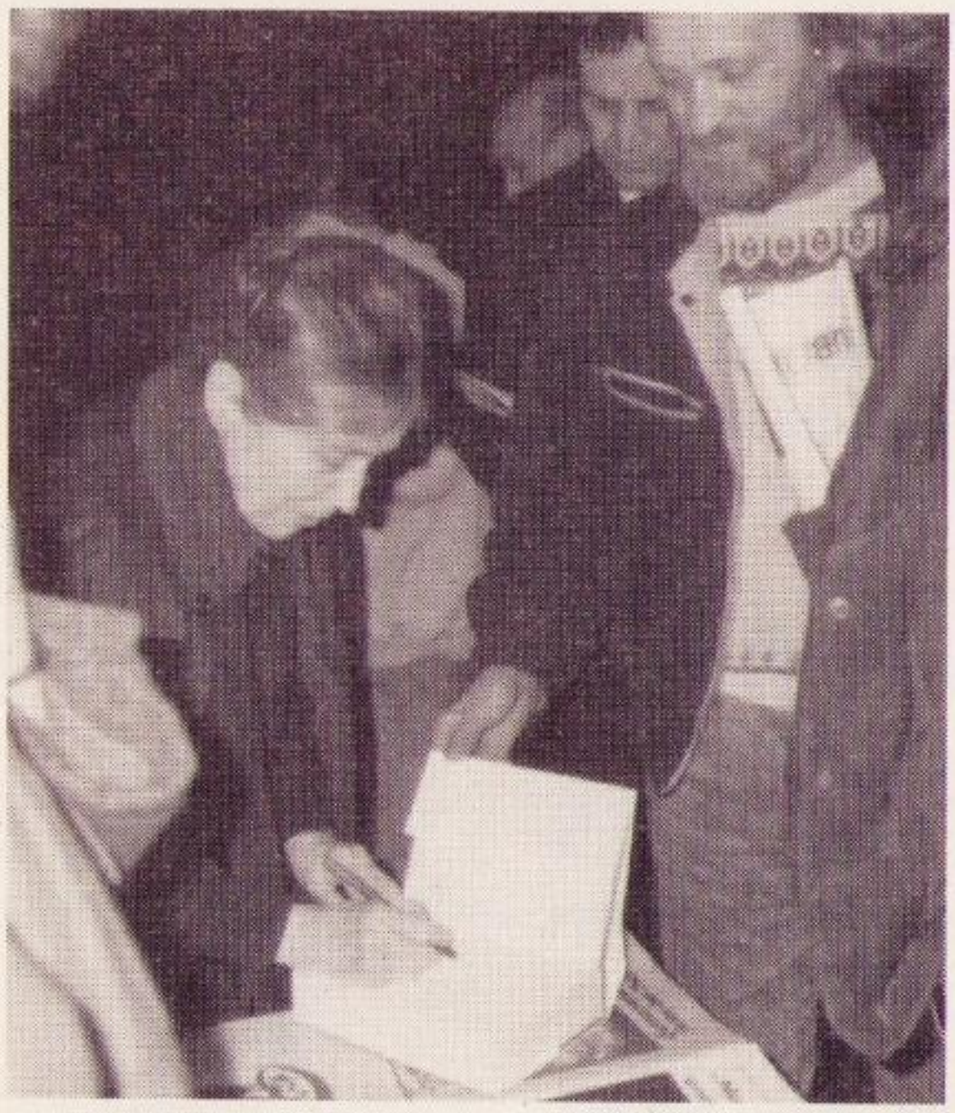
Karte aus "Der Republikaner 1/1988. Im Untertext heißt es dazu, daß Südafrika zwar keine Demokratie westlichen Musters sei, "aber wenigstens ein Staat mit funktionoierender Rechtsordnung." Daß es in Südafrika die Todesstrafe gibt und sie fast ausschließlich gegen politische Oppositionelle angewandt wird, daß ist für die REP wohl lobenswerter Teil einer "funktionierenden Rechtsordnung."

Aber es gibt auch Beispiele für Widerstand.
So hat sich als erste Kommune in der BRD die Stadt Nürnberg geweigert, den Republikanern für deren am 15.Juni als Höhepunkt ihres Europawahlkampfes geplante Großveranstaltung die Nürnberger ‚Meistersinger'-Halle zur Verfügung zu stellen.
Nürnberg hatte auch schon 1967 der NPD eine Halle trotz gegenteiligen Gerichtsentscheides verweigert und lieber ein Bußgeld von 4 000 DM in Kauf genommen, als den Faschisten Räume zu geben.
Ähnlich positiv auch das Urteil des Bremer Oberverwaltungsgerichtes, welches dem Bremer Bürgermeister Wedemeier im Nachhinein Recht gab, Wedemeier hatte am Tag nach der Bremer Bürgerschaftswahl am 14.9.87 dem DVU-Abgeordneten Altmann mitteilen lassen: "Neonazis kommen mir nicht ins Rathaus!" und diesen nicht zu einer im Rathaus stattfindenden Landespressekonferenz zugelassen.
Diese Beispiele zeigen, daß der Kampf um die Frage, ob den Faschisten demokratische Rechte zugebilligt werden sollen oder nicht, zur Zeit in vollem Gange ist. Quer durch alle politischen Richtungen hindurch scheint diese Auseinandersetzung zu laufen.
AntifaschistInnen müssen diese Auseinandersetzung auf breiter Front und mit allen politischen Kräften führen. Noch stärker als bisher muß dabei versucht werden, auch Widersprüche innerhalb des Staatsapparates zu nutzen und gleichzeitig eine breite politische Bewegung für das sofortige Verbot aller faschistischen Organisationen zu entfalten.

Mit Hanne und Esther gegen Faschisten

Das bislang breiteste Bündnis antifaschistischer Art in Recklinghausen führte am 17. März eine Kulturveranstaltung ‚Gegen Neofaschismus, für Völkerfreundschaft' durch.
Die Akzente dieser Veranstaltung setzten zwei Frauen: Hanne **Hiob**, 1923 geborene Tochter Marianne Zoffs und Bertolt Brechts, Schauspielerin und engagierte Antifaschistin, las aus dem im Verlag "Neuer Weg" wieder aufgelegten Buch "Erkämpft das Menschenrecht".
Esther **Bejarano**, 1926 geborene Jüdin, in Auschwitz gefangen und dort Mitglied des ‚Mädchenorchesters', sang Lieder in Jiddisch und Deutsch - Lieder, die sowohl Verzweiflung als auch Optimismus antifaschistischen Widerstands zum Ausdruck brachten.
Die "Letzten Briefe aus Konzentrationslagern", die Frau Hiob vorlas, riefen im Publikum große Betroffenheit, aber auch stille Achtung vor den hingerichteten AntifaschistInnen hervor. Frau Hiob:
"Wir trauern nicht um die, die für Hitler gefallen, oder wie auch immer gestorben sind. Wir trauern um die, die im Kampf gegen Hitler gehängt, enthauptet, vergast, erschossen, erschlagen wurden.
Und - wir klagen an! Es ist eine Anklage gegen uns! Die Alten und die Jungen!
Haben wir diese Ermordeten, diese Hingeschlachteten, diese Märtyrer je zu Vorbildern gemacht?
Die Besten unseres Volkes! Warum sind sie nicht überall in den Schulen zu sehen? In den Lehrplan hineingenommen worden? In den öffentlichen Institutionen? Überhaupt: Überall?
Unsere Demokratie hat sich natürlich unzählige Alibis verschafft, wie Gedenktafeln, Gedenksteine, Gedenkstätten - aber die Mörder? Wurden sie ihrer gerechten Strafe zugeführt? Wenige, nur ganz wenige. Sie wurden wieder in die höchsten Ämter übernommen! Militär, Justiz, Politik, Industrie. Wir alle haben versagt."
Und sie zitierte Brechts Zeilen:
"Oh, ihr Unglücklichen! Eurem Bruder wird Gewalt angetan, und ihr kneift die Augen zu!
Der Getroffene schreit laut auf, und ihr schweigt?
Der Gewalttätige geht herum und wählt seine Opfer. Und ihr sagt: uns verschont er, denn wir zeigen kein Mißfallen.
Was ist das für eine Stadt, was seid ihr für Menschen!
Wenn in einer Stadt ein Unrecht geschieht, muß ein Aufruhr sein. Und wo kein Aufruhr ist, da ist es besser, daß die

Stadt untergeht durch ein Feuer, bevor es Nacht wird."
Esther Bejarano setzte mit der Gruppe "Siebenschön" etwas andere Akzente.In den meisten der von ihr vorgetragenen Lieder dieses Abends herrschten Trauer, Klage und Betroffenheit, doch es war kein Zufall, daß am Ende ihrer Liedauswahl ein zum Kampf aufrufender Titel stand: "Wir leben dennoch".



Wie ein versteckter roter Faden zog sich durch die anschließende Diskussion die Frage: Haben wir AntifaschistInnen schon versagt oder können wir optimistisch in die Zukunft sehen?
Die Meinungen waren durchaus geteilt.
Hier ist auch die einzige Kritik an den Veranstaltern zu üben:
Die Diskussion spiegelte in keiner Weise das breite Bündnis wider, welches diese Veranstaltung trug, sondern wurde mehr oder weniger dominiert durch vorbereitete Redebeiträge von vier bis fünf Mitgliedern der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD),die nur den Aspekt ihrer derzeitigen Einschätzung des westdeutschen Kapitalismus einzubringen versuchten.
Diese Beiträge zeichneten sich durch Abgehobenheit und teilweise blanke Schönfärberei aus.So wurden beispielsweise die Republikaner so charakterisiert, als ob in ihr nur Polizisten,Beamte und Offiziere organisiert wären.Demgegenüber seien die Arbeiter dabei, die Aufschwünge des Klassenkampfes vorzubereiten.
Insgesamt waren diese Beiträge geprägt von einer ‚objektiven' Analyse der Wirklichkeit:Die Klassenkämpfe haben sich verschärft, die politischen Fronten verschärfen sich. Belege für diese Sicht liefert der MLPD z.B. die Tatsache, daß in Berlin ein großer Prozentsatz nicht mehr CDU oder SPD gewählt haben - aber sind das schon unmittelbar Stimmen gegen das kapitalistische System? Wie so oft ersetzte der ‚revolutionäre' Eifer die nüchterne Analyse der Wirklichkeit.
Mit dem bloßen Appell, den Kapitalismus zu bekämpfen, werden die bevorstehenden Aufgaben des antifaschistischen Kampfes nicht zu lösen sein.
Kritik ist allerdings nicht in erster Linie an der MLPD zu üben, sondern vor allem an den übrigen Veranstaltern, die es nicht verstanden,und wohl auch nicht darauf vorbereitet waren, die unterschiedlichen politischen Kräfte ins Gespräch zu bringen.
So spielte der viel unterschriebene Aufruf des Bündnisses "Recklinghäuserinnen und Recklinghäuser gegen aufkommenden Neofaschismus" in der Diskussion überhaupt keine Rolle!
Auch die Tatsache, daß es immerhin gelungen war, daß der Rat der Stadt die Veranstaltung gegen die Stimmen der CDU offiziell begrüßte und mit (immerhin) 150 DM unterstützte, daß auch der Bürgermeister 100 DM spendete, daß die "Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit" die Veranstaltung mit 200 DM unterstützte und viele kleine Erfolge im Vorfeld waren während der Diskussion kein Thema.
Es kam ja nicht von allein, daß der Rat der Stadt Recklinghausen einstimmig beschloß, keine Adressen aus dem Melderegister an die DVU weiterzuleiten - dieser Beschluß ging auf einen Bürgerantrag des antifaschistischen Bündnisses zurück und führte dazu, daß der Oberstadtdirektor inzwischen ein entsprechendes Gesuch der DVU abschlägig beantwortet hat.
Einem anderen Antrag des Bündnisses kam der Rat zumindest in Teilen nach, indem er erneut vom Bundesinnenminister das Verbot aller faschistischen Organisationen forderte.
Auch die Tatsache, daß inzwischen in Recklinghausen wieder mehrere Organisationen an antifaschistischen Aktionen **teilnehmen** und nicht nur ihre Unterschrift unter Aufrufe setzen, ist hier zu begrüßen.Zu erwähnen sind hier vor allem die Grünen, die Jungsozialisten,die Vereinigung der Verfolgten des Nazire-

STADT RECKLINGHAUSEN
Der Stadtdirektor

* Stadt Recklinghausen Postfach 10 17 65 4350 Recklinghausen *

An den
Antifaschistischen Bund
Recklinghausen
C/O M. Tschentscher
Michaelstr. 14

4350 Recklinghausen

Stadtamt: 10 - Hauptamt		
Anschrift: Rathausplatz 3		
Eingang / Zimmer: Rathaus, Zi. 203 a		
Auskunft erteilt: Herr Hauss		
☎ Vorwahl: 02361	☎ Durchwahl: 587 - 835	☎ Zentrale: 5871

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen	Datum
	tU	15.03.1989

Bürgerantrag gem. § 6c Gemeindeordnung NW des Antifaschistischen Bundes, Recklinghausen, zur Deutschen Volksunion (DVU)

Sehr geehrter Herr Tschentscher!

Der Rat der Stadt Recklinghausen hat sich in seiner Sitzung am 13.03.1989 mit Ihrem o. a. Bürgerantrag befaßt.

Weil die Stadt Recklinghausen der DVU bisher noch nicht die angeforderten Auskünfte erteilt hat, hatte die SPD-Fraktion folgenden Ratsbeschluß beantragt:

> Der Stadtdirektor wird beauftragt, in Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten der DVU die Herausgabe der geforderten Daten zu verweigern.

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Im übrigen teilten die im Rat der Stadt Recklinghausen vertretenen Fraktionen die in Ihrem Bürgerantrag zum Ausdruck gekommene Auffassung und sahen es als Aufgabe ihrer Parteien an, in der politischen Auseinandersetzung entsprechend die Bürger zu informieren und aufzuklären.

Borggraefe

gimes und der Jugendclub Courage.
Die beteiligten Organisationen sind sich einig, daß diese Veranstaltung erst der Auftakt zu breit angelegten antifaschistischen Aktivitäten auf kommunaler Ebene war.
Geplant sind für die nächste Zeit:
Gegen weitere Postwurfsendungen der DVU soll eine ‚Rückgabeaktion' in der Recklinghäuser Hauptpost organisiert werden.
Aus Anlaß des 100. Geburtstages des Faschistenführers wird erneut der Antrag an den Rat der Stadt Recklinghausen gestellt, Hitler endlich die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen, wozu sich der Rat bislang nicht entschließen konnte.
Der Aufruf **Recklinghäuserinnen und Recklinghäuser gegen aufkommenden Neofaschismus** soll in beiden Recklinghäuser Zeitungen veröffentlicht werden.
Im Rahmen der Recklinghäuser "Koordination für Internationale Solidarität und Menschenrechte" sollen weitere antifaschistische Aktionen geplant und durchgeführt werden.

AUFRUF
RECKLINGHÄUSER/INNEN
GEGEN AUFKOMMENDEN NEOFASCHISMUS

Am 18. Juni 1989 finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dr. Frey, Vorsitzender der Faschistischen "DVU-Liste D", bezeichnet diese Wahl in seinen Wahlkampfreden als "Schicksalswahl für das Deutsche Volk".

ER MEINT DAMIT, daß die politische Lage für ein Erstarken Rechter Kräfte in der Bundesrepuplik und Westberlin seit 1945 noch nie so günstig war wie heute.
ER MEINT DAMIT, daß Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die offizielle Regierungspolitik faschistische Organisationen den Durchbruch zu einer "Demokratischen" Legitimierung schaffen können.
ER MEINT DAMIT, daß jetzt die Zeit gekommen sei, um mit Ausländern und Asylbewerbern "kurzen Prozeß" zu machen.

Neben der "DVU-Liste D" werden weitere faschistische Organisationen, wie die Republikaner, die Nationalistische Front und die FAP zu kandidieren versuchen.
Im Europäischen Maßstab können die Organisationen der Äußersten Rechten zu einem gefährlichen politischen Faktor werden.
Erfolge der Faschisten, wie jüngst bei den Wahlen in Westberlin, wie in Bremen und Bayern, sind für ganz Europa ein Alarmsignal. Hat doch der Deutsche Faschismus maßlose Verbrechen an allen europäischen Völkern begangen!

Doch auch der Widerstand gegen den aufkommenden Faschismus wächst: So beschlossen über 800 Menschen in Bremen auf der ersten bundesweiten Antifaschistischen-Aktionskonferenz eine breite Kampagne gegen die Kandidatur faschistischer Organisationen zu den Europawahlen. Sie waren sich einig darin, daß "die demokratische Öffentlichkeit" in der Bundesrepublik und Westberlin eine besondere Verantwortung trifft, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, um ein weiteres Vordringen des Faschismus zu verhindern.
In Erwägung dieser historischen Verantwortung rufen Recklinghäuser Demokratinnen und Demokraten dazu auf:

- **TRETEN WIR DER PROPAGANDA UND DEN VERANSTALTUNGEN DER FASCHISTEN ÜBERALL ENTGEGEN**
- **VERHINDERN WIR DIE KANDIDATUR FASCHISTISCHER ORGANISATIONEN BEI DEN WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**
- **FORDERN WIR ENTSPRECHEND DEM ARTIKEL 139 DES GRUNDGESETZES (ER SIEHT DAS VERBOT ALLER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN AUF DEUTSCHEM BODEN VOR) DIE SOFORTIGE AUFLÖSUNG UND DAS VERBOT ALLER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN.**

UNTERSTÜTZER
Antifaschistischer Bund Recklinghausen, Verlag Neuer Weg, Jungsozialisten, Die Grünen, VVN/BDA, DKP, MLPD, SDAJ, Arbeiterjugendverband-ML, DFG/VK, Jugendclub Courage, Sebacco-Initiative, Türkischer Arbeiterverein, Flüchtlingskomitee Datteln, amnesty international, Flüchtlingsrat Recklinghausen, Deutsch-Türk.-Verein

„Kinder über Grauen der Nazis aufklären"

Schauspielerin und Brecht-Tochter Hanne Hiob im Gespräch

Frau Hiob, was hat Sie dazu bewogen, Lesungen zu halten?

Im Mai 1985 spielte das Kammerorchester Schloß Werneck in Dachau. Damals fragten die Musiker an, ob ich bereit wäre, zu diesem Anlaß etwas vorzutragen. Ich las schließlich die Briefe aus den Konzentrationslagern vor. Nach dieser ersten Aufführung habe ich einfach weitergemacht. Mit Streichorchestern, Chören und anderen Gruppen. Zur Zeit mit Esther Bejerano und „Siebenschön".

Hanne Hiob: „Ich interessiere mich ...

Wo haben Sie die Briefe bisher vorgetragen?

Ich bin mit dem Programm in 70 Städten in ganz Deutschland und Österreich aufgetreten. Dabei vor allem in Schulen, aber auch in Theatern. Ich habe das Glück, die deutsche und österreichische Staatsbürgerschaft zu besitzen. So kann ich ohne Hemmungen beide Nester beschmutzen.

Beschmutzen?

Als ich z. B. in Österreich war, stand gerade die Wahl Waldheims bevor. Dort ist der Antisemitismus noch größer als in Deutschland. In meinem Schlußwort habe ich dann einiges dazu gesagt. Leider wurde Waldheim dann ja doch gewählt.

Wie reagieren die Leute auf die Lesung?

Das ist sehr unterschiedlich. Im Münchner Volkstheater hörten mir die Kinder von sechs Schulen zu. In Würzburg war es ganz anders. Ich habe beim Matthias-Grünewald-Gymnasium angefragt, ob ich dort den Schülern die Briefe vorlesen könne. Sie sagten mir dann zwar zu, mit dem Betreten der Räume begann dann allerdings schon der Boykott. Kein Mikrophon, keine Heizung, nicht ein Lehrer und kaum Schüler. Am Ende der Vorstellung waren nur noch zehn Kinder da. Mit bleichem Gesicht fragten sie: „Was können wir tun?"

Und was haben Sie den Kindern geraten?

Ich habe ihnen geantwortet: „Ihr müßt fragen, fragen und nochmals fragen. Fragt eure Großeltern, Eltern und Lehrer, was unter Hitler passiert ist." Die Kinder müssen über die Grauen der Nazi-Zeit aufgeklärt werden, damit sie lernen zu kämpfen.

Wie sind Sie überhaupt an die Briefe gekommen?

Das geschah zufällig. Für die Lesung in Dachau war ich auf der Suche nach einem geeigneten Text. Durch eine Freundin fiel mir dann das antiquarische Buch „Erkämpft das Menschenrecht" in die Hände. Es erschien erstmals vor 30 Jahren in der DDR. Ich habe viele Verlage um die Neuauflage gebeten. Nur der Verlag „Neuer Weg" aus Düsseldorf hat sich schließlich bereit erklärt, das Buch herauszugeben. Ich las alle 485 Briefe und war entsetzt. Aber ich bekam auch Hoffnung. Sah ich doch, daß Deutschland nicht nur ein Land der Mitläufer war. Für den Vortrag habe ich noch die Berichte über das Schicksal der Zigeunerkinder und der Homosexuellen hinzugefügt.

... für die Zukunft. Darum kämpfe ich ...

... gegen den Faschismus."

Und was ist mit der Schauspielerei?

Viele Schauspieler sind so unpolitisch. Dabei müssen die Künstler heute parteiisch sein. Wir müssen die faschistische Gefahr, die wieder aufgekommen ist, bekämpfen. Ich spiele nur noch Sachen von Brecht. Er war nicht nur Künstler, sondern auch ein erklärter Antifaschist. Leider spricht man heute nur noch als Lyriker von ihm. Ich zeige seine politische Seite.

Was empfinden Sie angesichts des Erfolgs der Republikaner in Berlin?

Ich bin ganz undemokratisch für ein völliges Verbot und die Auflösung aller faschistischen Parteien. Ich habe Interesse an der Zukunft. Darum kämpfe ich gegen den Faschismus und kläre über die Vergangenheit auf.

Frau Hiob, vielen Dank für das Gespräch.

Aktuelle Probleme in der antifaschistischen Bewegung

Nach der bundesweiten Aktionskonferenz antifaschistischer Organisationen in Bremen finden in diesen Wochen in den meisten Bundesländern landesweite Konferenzen statt, welche die Aufgaben der AntifaschistInnen angesichts der bevorstehenden Europawahlen und der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen weiter diskutieren.

Die antifaschistische Bewegung ist zur Zeit geprägt einerseits von einem Aufschwung an Aktivitäten,Veranstaltungen und an vielen Orten von direkten Auseinandersetzungen mit der Offensive faschistischer Organisationen, andererseits aber auch durch eine tiefgehende Strategiedebatte, welche die Frage nach den unbedingt notwendigen und grundlegenden Inhalten antifaschistischer Politik zu klären sucht.

Eine hierbei besonders stark vertretene Tendenz kam in der "Resolution" der Bremer Konferenz zum Ausdruck:

Sie versucht, ähnlich wie dies auf früheren Großkongressen der Friedensbewegung sich immer stärker durchsetzte, eine möglichst breite gemeinsame politische Plattform zu formulieren, auf der sich alle demokratischen Kräfte wiederfinden sollen.

Dies führt zu Formulierungen wie:

"Mit großen Zielen wälzen die Mächtigen in Politik und Wirtschaft Europa um:Führung auf dem Weltmarkt, Atommacht, starker Überwachungsstaat, Zerschlagung sozialer Errungenschaften,(...)"

Was verbirgt sich hinter solchen ‚konsensfähigen' Formulierungen?

Im Grunde allein der Versuch, die Kritik an den westdeutschen Konzernen, ihrem Vormachtstreben in Europa, ihrem besonderen nationalen Interesse an reaktionärer und faschistischer Entwicklung in der BRD nicht zu formulieren. Kann eine bewußte Aussparung antikapitalistischer Kritik aber der "Verbreiterung" einer antifaschistischen Plattform nutzen?

Wohl kaum.

Es besteht vielmehr die Gefahr, wenn umstandslos von "Mächtigen" gesprochen wird, daß nur noch , ähnlich wie dies auch Schönhuber tut, die "Euromultis" kritisiert werden - welcher westdeutsche Konzern wäre da nicht bereitwillig Bündnispartner?

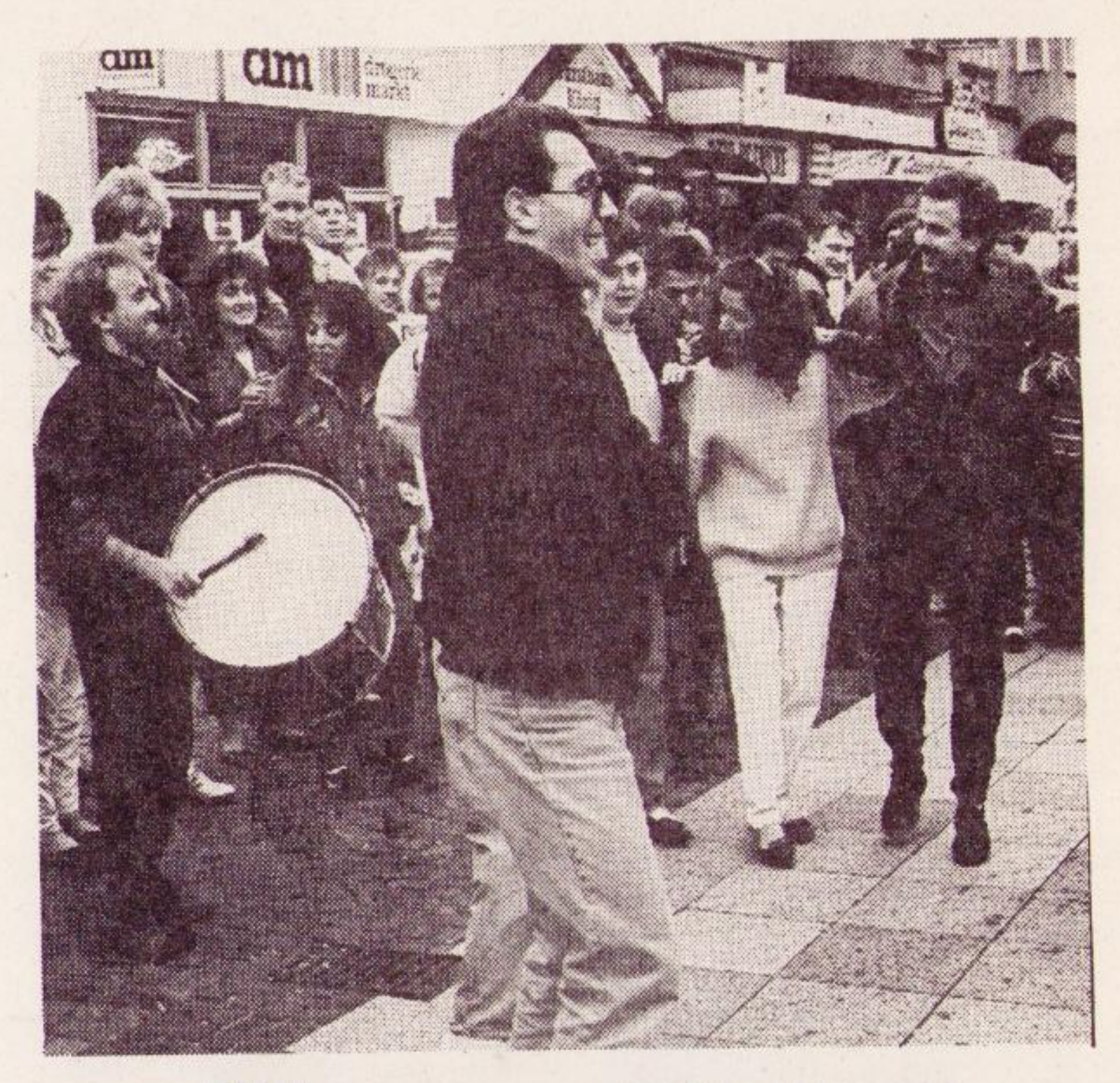
Über die möglichen Ursachen des aufkommenden Faschismus heißt es in der Resolution:

"Angst und Verunsicherung breiten sich aus. Abbau sozialer Versorgung, Einschränkung der demokratischen Freiheiten, Zerstörung sozialer und kultureller Lebenszusammenhänge, Ausgrenzung und Diskriminierung werden gegen den Widerstand vieler aktiv vorangetrieben.Nationalismus, Rassismus, Militarismus, "Law and Order"-Mentalität, sexuelle Diskriminierung und der Haß auf Fremde und Andersdenkende nehmen zu und werden gefördert."

Es reicht einfach nicht hin, mögliche Ursachen faschistischer Gefahren mit Begriffen wie "werden vorangetrieben", "nehmen zu" oder "werden gefördert" zu beschreiben - auch wieder allein aus dem Bestreben heraus, nur ja nichts über die Interessen der Kapitalisten zu sagen - aber wo wird denn deutlicher, wer ein wirkliches Interesse an der "Ausländer raus"-Politik hat, als in den Betrieben?

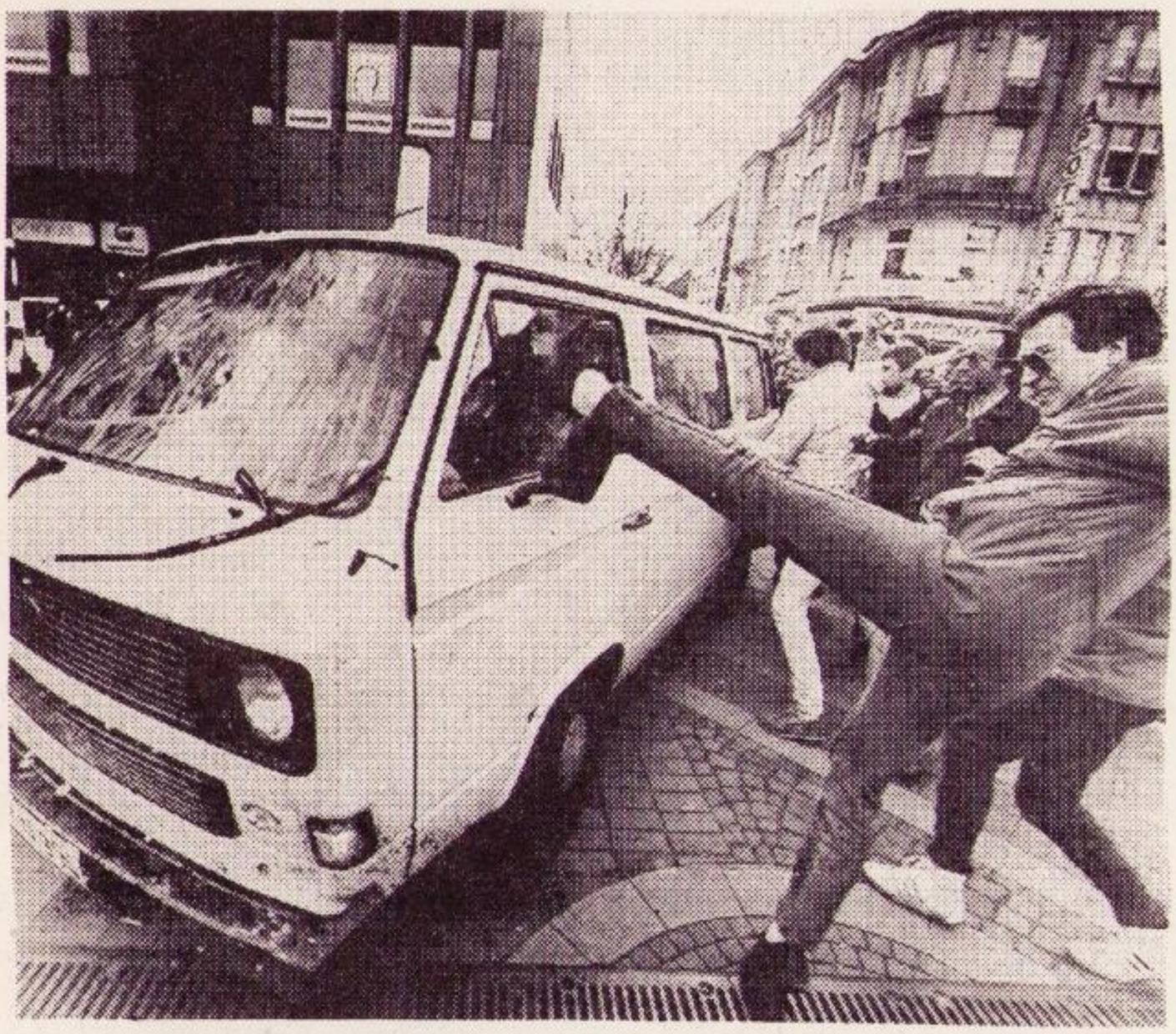
Es ist keineswegs so, daß es hierbei um unterschiedliche politische Auffassungen geht, sondern es handelt sich um simple Tatsachen wie beispielsweise die weitgehende Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter. Wie sonst erklären sich faschistische Kampagnen unter Stichworten wie "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbei-

ter"?
Auf diesem Gebiet liegt eine der Schwächen der antifaschistischen Bewegung. Insbesondere der vor allem seitens der Grünen unternommene Versuch, Ausländer generell unter dem Begriff "Flüchtlinge" zu fassen, muß als politisch schädlich bezeichnet werden. In der durchaus berechtigten Absicht, alle Asylbewerber zu schützen,egal aus welchen Motiven sie ins Land kommen, wird teilweise der reaktionären Hetze aufgesessen, daß der größte Teil der Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen ins Land komme. Um dem zu entgegnen, werden aus Ausländern "Flüchtlinge", werden die Interessen von Ausländern reduziert auf den Wunsch nach einer "multikulturellen Gesellschaft" und ein wichtiges, wenn nicht sogar das entscheidende , Kettenglied des antifaschistischen Kampfes wird aufgegeben:die internationale Solidarität.Zu recht wird schon von manchen kritisiert, der Antifaschismus biete keine eigenständige Alternative.
Dabei sind nach wie vor die Grundgedanken des Internationalismus, der Solidarität der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen, der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen anderer Völker die entscheidende Antwort auf den faschistischen und auf jeglichen sonstigen Nationalismus.
Es reicht bei weitem nicht, das Ausländerwahlrecht zu fordern, und sich gegen Ausländerdiskriminierung auszusprechen, dies schafft keine überzeugende Alternative zum Nationalismus.



Wanne-Eickel

Neben diesem größeren Problemkomplex ist das Verhältnis der antifaschistischen Bewegung zur "Militanz" nach wie vor problematisch.
Schon die in Bremen verabschiedete Hauptlosung "Leben und Lieben, dem Haß keine Chance, gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus" ist der mehr oder weniger offene Versuch, die militanten AntifaschistInnen auszugrenzen. Es ist zwar zu problematisieren, inwieweit der subjektive Haß auf Faschisten ein zuverlässiger politischer Ratgeber ist, ihn aber generell zu diffamieren bzw. ihn in einen Topf mit faschistischen Gewaltmotiven zu werfen, ist sicher ein Irrweg.
Es ist zudem eine höchst oberflächliche Sichtweise, in psychologisierender Art den Haß als entscheidende Ursache für faschistische Gewalt oder für jegliche Gewalt auszumachen.
Zumindest aber wäre es ein gefährlicher Weg, die antifaschistische Bewegung auf prinzipielle Gewaltfreiheit verpflichten zu wollen.
Niemand wird von Seiten der militanten Antifaschisten etwa von Grünen und Sozialdemokraten verlangen, daß sie auf das Prinzip der "Gewaltfreiheit" verzichten. Aber die Ausgrenzung des militanten Widerstands führt nur dazu, daß letztendlich den faschistischen Schlägertrupps die Straße freiwillig überlassen wird - und das werden dann auch die gewaltfreien AntifaschistInnen zu spüren bekommen.
Ein dritter Problembereich der antifaschistischen Bewegung ist ihr Verhältnis zur zunehmen-



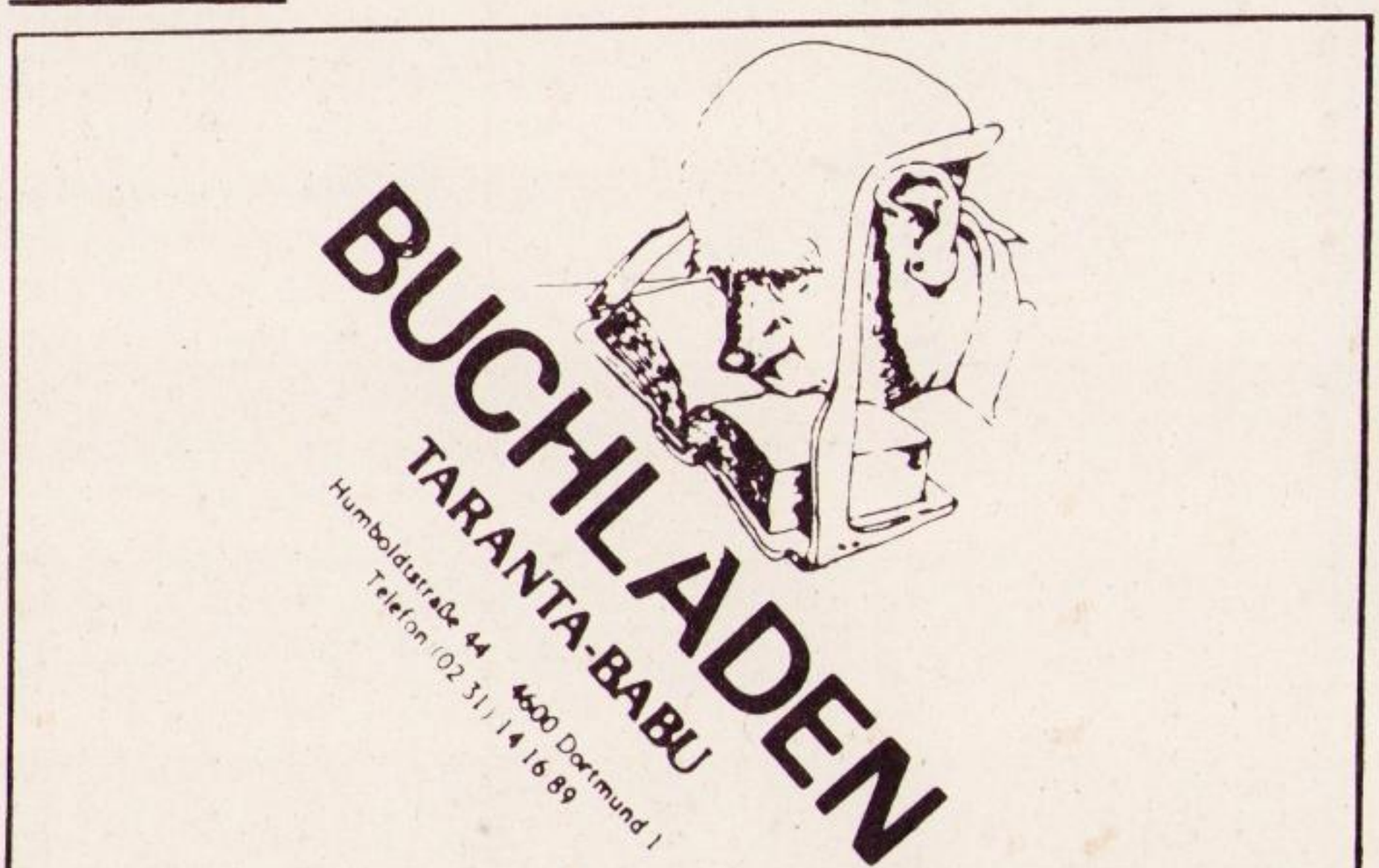
Gelsenkirchen

den staatlichen Repression, ihr Staatsverständnis überhaupt und aktuell ihre Beziehung zu den Auseinandersetzungen um die Lage der politischen Gefangenen und des Widerstands gegen den § 129 a. Auch hier gehen Teile der antifaschistischen Bewegung lieber deutlich auf Distanz - vermutlich, weil sie der Gefahr staatlicher Kontrolle entgehen wollen oder möglicherweise, weil sie aus Kritik an den Methoden etwa von RAF und Revolutionären Zellen nicht zu einer Solidarität mit deren politischen Gefangenen bereit sind.
Auch dies ist ein verhängnisvoller politischer Fehler - die heute noch staatlich anerkannt friedlich demonstrierenden AntifaschistInnen können schnell die Staatsfeinde von morgen sein, es ist ja nur eine Frage der Zeit, wann und wie der Staat heutige Formen der Kritik zu "Verbrechen gegen den Staat" erklärt und mit ganz anderen Mitteln verfolgt.

Über all diese Differenzen hinweg gibt es nur eine Perspektive:

Niemand darf ausgegrenzt werden, die Breite der antifaschistischen Bewegung besteht in der Vielfalt ihrer unterschiedlichen politischen Strömungen und nicht in der scheinbar breiten, in Wirklichkeit aber schmalen Plattform, wie sie die "Bremer Resolution" mit ihrer Reduzierung auf sozialdemokratisch-reformistische Positionen zum Ausdruck bringt.

ANZEIGE



blick nach draussen

Rendsburg 9.3.89

Die Rendsburger Ratsversammlung beschloß am 23.2.89 auf Antrag der Grünen mit den Stimmen der SPD folgendes:
"Die Ratsversammlung der Stadt Rendsburg betrachtet die NPD, DVU Liste D und die FAP als Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP bzw. SS, sowie die Republikaner, vom Wesen und Programm her, als faschistoide Partei. Die Ratsversammlung fordert daher alle zuständigen Stellen der Verwaltung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um in Rendsburg Parteitage oder sonstige Treffen der obigen Organisationen in Zukunft zu verhindern."
Weitere detaillierte Forderungen wurden von der SPD an den Senat überwiesen. Die Begründung des Antrags erfolgte aus "Artikel 139 GG" und aus dem UNO-Beschluß vom 26.11.1968.

In ihrer Begründung weisen die Grünen ebenfalls auf die Äußerungen von Werner Kindsmüller (SPD-Landtagsfraktion) hin, der zur DVU-Liste D gesagt hatte:
"Mit deutschnationalen Parolen und mit unverblümter Ausländerhetze bearbeiten sie den Boden, den ihnen die Politik Konservativer und Reaktionärer gegen Asylanten und Ausländer in den vergangenen Jahren bereitet hat."
Prof. Emil Schlee, Landesvorsitzender der REP, hetzt gegen den Beschluß und bezieht sich im wesentlichen auf den Ratsherrn von der CDU Brunkert, der dreist behauptet:
"Die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes können nicht durch Beschlüsse der Ratsversammlung ersetzt werden";
des weiteren auf den Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel, der im "Vorwärts" davor gewarnt hätte, die "Republikaner durch medienwirksame Militanz" zu fördern.

Schlee kündigte rechtliche Schritte gegen den Beschluß an.
Am 13.3. 89 trat er als Redner in Rendsburg im Conventgarten auf.
Eingeladen hatten der Kreisverband der Vertriebenen, die Staats- und wirtschaftspolitische Vereinigung, der Verband der Heimkehrer, die Pan-Europa-Union, die Gesellschaft für Wehrkunde und die Landesarbeitsgemeinschaft "Ostkunde im Unterricht". Schlee sprach zum Thema "Patenschaften und Partnerschaften mit Städten und Kreisen in Mittel- und Ostdeutschland".

Friedrichshafen 10.3.89

Am 28.2.89 fand in Leutkirch in der Stadthalle eine Wahlveranstaltung der Republikaner zum Auftakt der Europa-Wahl statt. Seitens der Stadt gab es keine Ansätze, die Räumlichkeiten den Republikanern zu verweigern.
CDU,SPD und Unabhängige waren "nicht erfreut", hielten aber nichts von Verboten und Demonstrationen, die "nur unnötig das Klima aufheizen würden". Selbst die Grünen wü nschten keine "unnötige Publizität" für die Republikaner.
Die Initiative "Das Allgäu mobilisiert" rief zur Kundgebung am 28.2. um 18.00 Uhr in Leutkirch am Rathausplatz auf. Über 800 AntifaschistInnen waren erschienen. Die Kundgebung war für eine Stunde genehmigt worden. Ein gemeinsames Flugblatt wurde von Vereinigter Sozialistischer Partei und dem Bund Westdeutscher Kommunisten verteilt. Sein Tenor:
"Sind die Republikaner faschistisch?Sicher!"
Am Ende der Kundgebung ging es gemeinsam spontan zur Stadthalle. Im Laufe des Abends waren es über 1200 AntifaschistInnen geworden. Der Platz vor der Stadthalle war mit Flutlicht ausgeleuchtet und durch Einsatzkräfte der Polizei abgeriegelt. Aus der angrenzenden Schule wurden von der Polizei Videoaufnahmen von der Gegendemonstration gemacht. 12 AntifaschistInnen wurden verhaftet.

AntifaschistInnen, die sich in die Stadthalle gewagt hatten und gegen Schönhubers Hetzparolen lautstark protestierten, wurden gewaltsam durch REP-eigene Saalordner nach draußen befördert. Erstaunlicherweise wird auch gegen drei Saalordner der REP ermittelt.
Die unzureichende Organisation der Kundgebung und Demonstration machte sich im Laufe des Abends bemerkbar: Bei der Demonstration war es der Polizei möglich, sich ungehindert in Kleingruppen zwischen den AntifaschistInnen zu bewegen.Sympathisanten Schönhubers konnten sich ebenfalls unter die Antifaschisten mischen und Schönhubers Rede, die nach draußen übertragen wurde, ungestört lauschen.
Einen Ermittlungsausschuß gab es auch nicht.

Speyer 20.3.89

Am Samstag, dem 11.3.89, hatte die DVU vor, in Monzernheim bei Westhofen/Worms eine Veranstaltung in der Gemeindehalle durchzuführen.
Hauptredner war der NPD-Vorsitzende Mußgnug. Am 8.3.89 wurde dieses Vorhaben bekannt. Ein Bündnis "Gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit" unter Mitwirkung des DGB-Kreises Worms rief zu einer Kundgebung um 17.00 Uhr vor der Gemeindehalle in Monzernheim auf und verteilte im Vorfeld Flugblätter, die zur Kundgebung aufriefen.
Zirka 400 AntifaschistInnen trafen sich in Monzernheim. Die Polizei sperrte mit Gittern die drei Zufahrtswege zum Veranstaltungsort ab. Bei der Kundgebung rief der DGB auf, sich vor die abgesperrten Zufahrtswege zu stellen, bzw. sie zu blockieren, "damit kein Nazi durchkommt".Auch forderte der DGB in seiner Rede "keine Zulassung von faschistischen Organisationen zu den Kommunal- und Europawahlen".
Nachdem es abzusehen war, daß die Veranstaltung wegen der Polizeieinsätze nicht zu verhindern war, ließ der DGB die Kundgebung gegen 20.30 Uhr für beendet erklären.

Hamburg 6.3.89

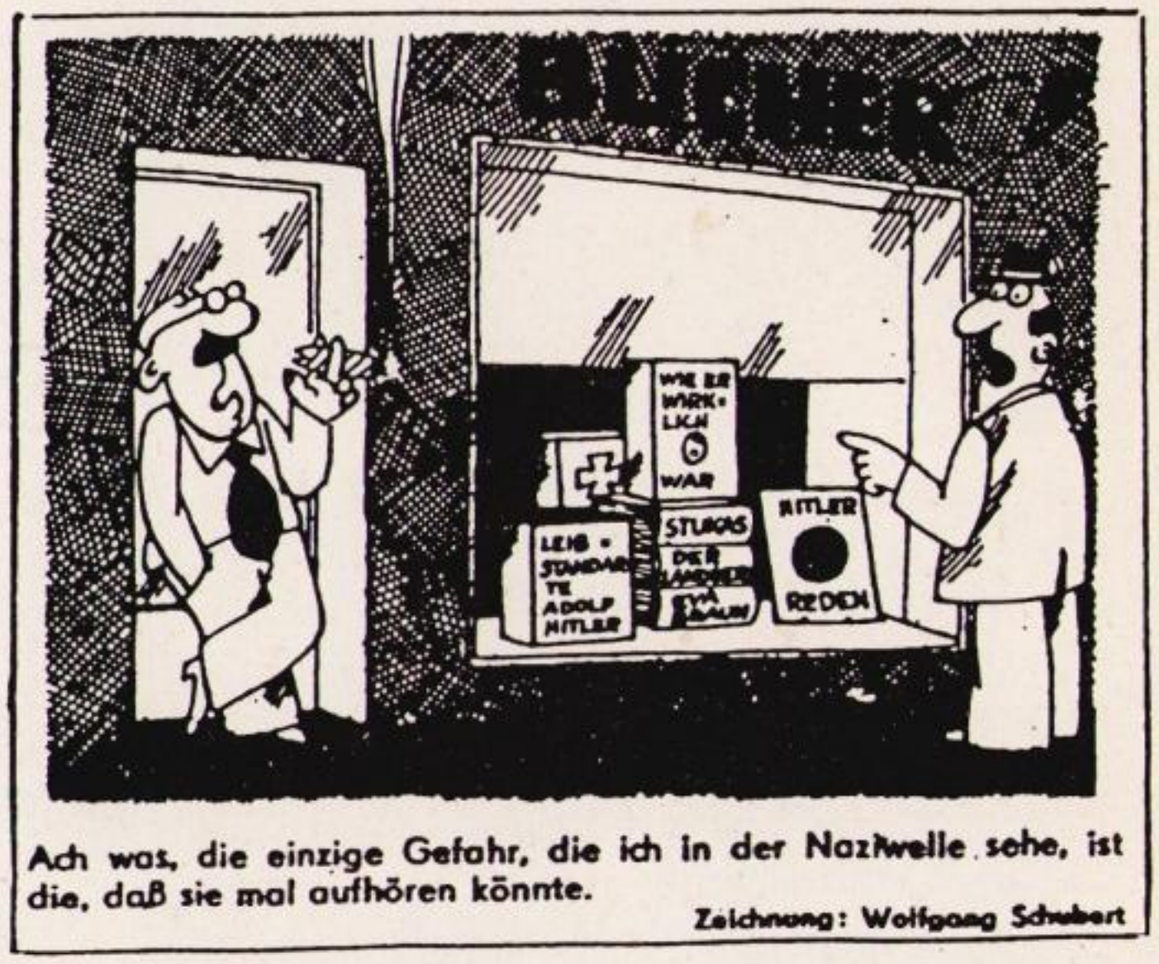
Die antifaschistische Arbeitsgemeinschaft der Schülerkammer Hamburg hat eine Presseerklärung zu den Republikanern verfaßt. Darin heißt es:
"Bei der Sitzung der antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft der Schülerkammer Hamburg am 13.1.89 wurde einstimmig die Forderung des Verbotes der Republikaner laut. Aufgeschreckt durch den Ausgang der Wahlen in Berlin sehen wir, daß eine Gefahr auch für Hamburg besteht."
Dazu sagte die Schulsprecherin Roda V.:
"Wir fühlen uns bedroht und haben Angst davor, daß nach Bremen und Berlin jetzt auch in Hamburg und anderen Bundesländern rechtsextreme und faschistische Parteien Fuß fassen.Gleichzeitig fühlen wir uns solidarisch mit den Antifaschisten und Antifaschistinnen und deren Aktionen. Wir sehen den Faschismus als eine immer größer werdende Gefahr und fordern dazu auf, gerade in den Schulen dem stärker entgegenzutreten."

Flen sburg 21.3.89

Am 16.3. veranstaltete das "Antifaschistische Bündnis Flensburg" als Auftakt seiner Tätigkeiten eine Veranstaltung zu den Republikanern. Zur Veranstaltung wurde mit zwei Infoständen in der Flensburger Innenstadt mobilisiert.
Es kamen gut 90 Besucher.Ein bekannter Altfaschist, der sich einschleichen wollte, wurde aus dem Saal gewiesen. Es wurden drei Referate zu den Themen "Republikaner, wer sind sie und wo kommen sie her?", "Deutschland- und Europa-Politik der Republikaner" und "Rassismus im Programm der Republikaner" gehalten.
Während der Referate kam es zu Diskussionen, die wegen der Länge der Referate leider etwas zu kurz kamen.
Zum Schluß wurde der Republikanerwahlspot zur Senatswahl in Berlin gezeigt.

"Die Republikaner" - eine intelligente Variante des Rechtsextremismus

Die Wahlen zum neuen Berliner Abgeordnetenhaus und die Kommunalwahl in Frankfurt markierten zweifelsohne schwarze Tage für die bundesdeutsche Demokratie. Sie markierten aber noch mehr:eine neue Qualität des Rechtsextremismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik, die durch eine Sammlungsbewegung im äußersten rechten Lager, den Verlust des parlamentarischen Monopols der Union auf der politischen Rechten und eine neue politische Taktik der Rechtsextremisten geprägt ist.
Politische Hilflosigkeit drückte sich in den meisten Kommentaren der bürgerlichen Medien aus. Ratlosigkeit findet sich in den Äußerungen zahlreicher Politiker der demokratischen Parteien.
Wie reagiert man nach einem entpolitisierten und entpolitisierenden Wahlkampf auf ein politisch hochbrisantes Wahlergebnis?
Die einhellige Reaktion war zuallererst moralische Empörung und das Äußern persönlicher Betroffenheit, dann zumeist die historisierend-moralisierende Warnung vor "Weimarer Verhältnisse", also vor der Radikalisierung an den linken und rechten Rändern des Parteienspektrums, schließlich abwiegelnde Prognosen mit dem Hinweis auf die kurzlebigen Erfolge der NPD Ende der 60er Jahre und - nicht zuletzt auch - die Verharmlosung und Normalisierung des Ereignisses, indem die WählerInnen der "Republikaner" als verwirrte, verirrte, enttäuschte, aber eigentliche Demokraten, jedenfalls nicht als Rechtsextreme beurteilt wurden. Aber dies kann nicht beruhigen:denn sicherlich waren auch nicht alle WählerInnen der NSDAP eingefleischte Faschisten. Und dann noch der unerträgliche salto mortale, um wieder Boden unter die Füße zu bekommen:Demokratie und demokratische Wahlen würden auch bedeuten, die Rechtsextremisierung der Parlamente zu akzeptieren, sozusagen als "guter Demokrat".Und hier setzt die intelligente Variante des Rechtsextremismus eben an.
Die legalistische Taktik und das Schüren des kleinbürgerlichen Ressentiments.
Das haben die "Republikaner" den offen faschistischen Gruppierungen voraus, sie sagen nicht,was sie denken. Sie schüren das Ressentiment, ohne die letzte Konsequenzen zu nennen. Insofern haben sie vom historischen deutschen Faschismus gelernt:kein Marsch auf Bonn, sondern die Legalitätstaktik. Kein öffentliches Statement der Führer der Partei, ohne die Verfassungskonformität zu betonen. Nein, als tumbe Nationalisten möchten sie sich nicht sehen - aber als "deutsche Patrioten".Originalton Franz Schönhuber:"Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein."



Ach was, die einzige Gefahr, die ich in der Nazi-welle sehe, ist die, daß sie mal aufhören könnte.
Zeichnung: Wolfgang Schubert

Nein, keine Rede von Ausländerdeportation, nicht einmal vom Abschieben ins Herkunftsland, sondern "Familienzusammenführung im Heimatland", lauten die Parolen. Nein, die Forderung nach dem Arbeitslager müssen die Versammlungsteilnehmer Innen schon selbst erheben, die Plakate der Wahlkampfveranstaltung sagen "nur":"Gegen Rauschgift, Terrorismus, Chaoten und Verfassungsfeinde"(so während des Republikanerwahlkampfes in Baden-Württemberg, s.Blick nach rechts vom 14.3.1988).

Und dann noch die Parteibezeichnung - "Republikaner" - dies ist der Hohn, aber er hat System.Er nimmt Bezug auf die französische Revolution, nicht um sie fortzuschreiben, sondern um sie umzukehren. Die Tradition der Aufklärung anrufen, um sie mit Füßen zu treten, dies ist die Methode und ein wesentlicher politischer Inhalt der Partei. Altkonservative wollen sie nicht sein, hinter die bürgerliche Revolution zurück auch nicht. Im Gegenteil, sie knüpfen dort an und unterstellen, sie wirklich, die "wahre Revolution" gegen die durchzusetzen, die die ernannten Parasiten und Zerstörer sind - eben die Verfassungsfeinde, Chaoten, Terroristen,etc.,etc.

Mehmet Ali Türkmen/Türkei

Der politisch-ideologische Kern

Unter der weichen Schale verbirgt sich ein harter, brauner Kern. Dieser Kern heißt neofaschistische Ausrichtung. Nicht offener Antisemitismus, sondern gepflegte Ausländerfeindlichkeit und charmanter Rassismus ist das entscheidende Instrument zur Gewinnung von Massenanhang. Und dies wird wirksam in Szene gesetzt - etwa in dem bekannten Westberliner Fernseh-Wahlkampf-Spot:ausländische Kinder auf der Straße,Rauschgiftabhängige, Chaoten, dazu die Melodie von "Spiel mir das Lied vom Tod".Damit sollte auf alles andere, nur nicht auf die Bedrohung durch Rauschgifte hingewiesen werden."Spiel mir das Lied vom Tod", das war die Melodie für die zwei bis drei deutschen Kinder im Pulk der jungen AusländerInnen. Die Botschaft:die Deutschen sterben aus, werden Fremde im eigenen Land, gehen unter im Rassenchaos, "unsere" Kinder haben keine Zukunft mehr.
Offener präsentiert sich dagegen ein weiteres Wesenselement (neo-)faschistischer Ideologie:der Antiliberalismus. Zwar wird nicht offen die "deutsche Volksgemeinschaft" gepredigt, aber unter perfider Anknüpfung an die Forderungen der Französischen Revolution wird "Brüderlichkeit" statt Liberalität verlangt, "Freiheit nicht nur des einzelnen, sondern für unser Volk", und:"Sie (gemeint ist die FDP) ist für mich die schlimmste im Land"(Franz Schönhuber).Dagegen werden die Sekundärtugenden eines KZ-Kommandanten gesetzt, die vermeintlich deutschen Werte von Sauberkeit, Pünktlichkeit, Ordnungsliebe. Der ideologische Kampf der "Republikaner" richtet sich somit gegen freiere und entfaltete Individualität, plädiert für einen deutschen Kollektivismus, der persönliche Sicherheit in unübersichtlichen Zeiten verspricht.
Daß die Kommunisten unter Verfassungsfeinde gebucht werden, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Daß die SozialdemokratInnen, die das kommunale Ausländerwahlrecht fordern, Chaoten, Terror und Rauschgift zulassen - deswegen keine "Patrioten" und Republikaner, sondern vaterlandslose GesellInnen sein müssen - liegt auf der Hand. Daß die "Republikaner" Verfassungstreue bekunden, kann nicht ausbleiben bei dem Beamtenanteil in der Partei.

De r fruchtbare Schoß,aus dem das kriecht

Der Aufstieg der "Republikaner" fällt nicht zufällig mit krisenhaften und widersprüchlichen ökonomischen,sozialen und kulturellen Umbruchprozessen des entwickelten Kapitalismus zusammen, die einen massiven Orientierungsbedarf für viele Menschen in unsicher gewordenen Lebenswelten auslösen.Die Einschätzung der Jusos, daß die Krise nicht automatisch einen Linksruck der subalternen Klassen und Schichten bewirkt, hat sich radikal bestätigt. Berlin ist in dieser Hinsicht kein Sonderfall, aber ein signifikantes Beispiel, zeigte sich hier doch die besondere Unfähigkeit des konservativen Senats, diese Umbruchsituation politisch sinnvoll und demokratisch zu gestalten. An die Stelle konkreter Reformpolitik gegen die Krisenerscheinungen trat nicht zuletzt politische Symbolik. Während die Regierung abtauchte und manches Problem der Polizei überließ, stiegen die Irritationen in erheblichen Teilen der Bevölkerung. Zudem wurden Teile dieser Polizei zu jeder sich bietenden Gelegenheit aggressiv in Szene gesetzt;während des IWF-Kongresses ebenso wie in Wackersdorf. Ein Verfassungsschutz, der weniger die Verfassung schützte und auf die rechtsradikalen und rechtsextremen Tendenzen hinwies, sondern seine Mühe auf die Ausspionierung demokratischer Politiker verwandte. Ein Lummer, der öffentlich mit den "Republikanern" anbändelte und sich nicht immer bewußt war, welche Plakattrupps er finanziell unterstützte, um SPD-Plakate in vorangegangenen Wahlkämpfen mit rechten Parolen beschmieren zu lassen. Eine Junge Union, die zunehmend außer Rand und Band geriet und auf einem rechtsextremen Kurs segelte. Ein ehemaliger Kreisvorsitzender der Jungen Union, der nunmehr als Chefideologe des "republikanischen" Landesverbandes fungiert und nun gemeinsame Sache mit dem Ex-Landesvorsitzenden der NPD macht, der mittlerweile Abgeordneter geworden ist.

Denk mal

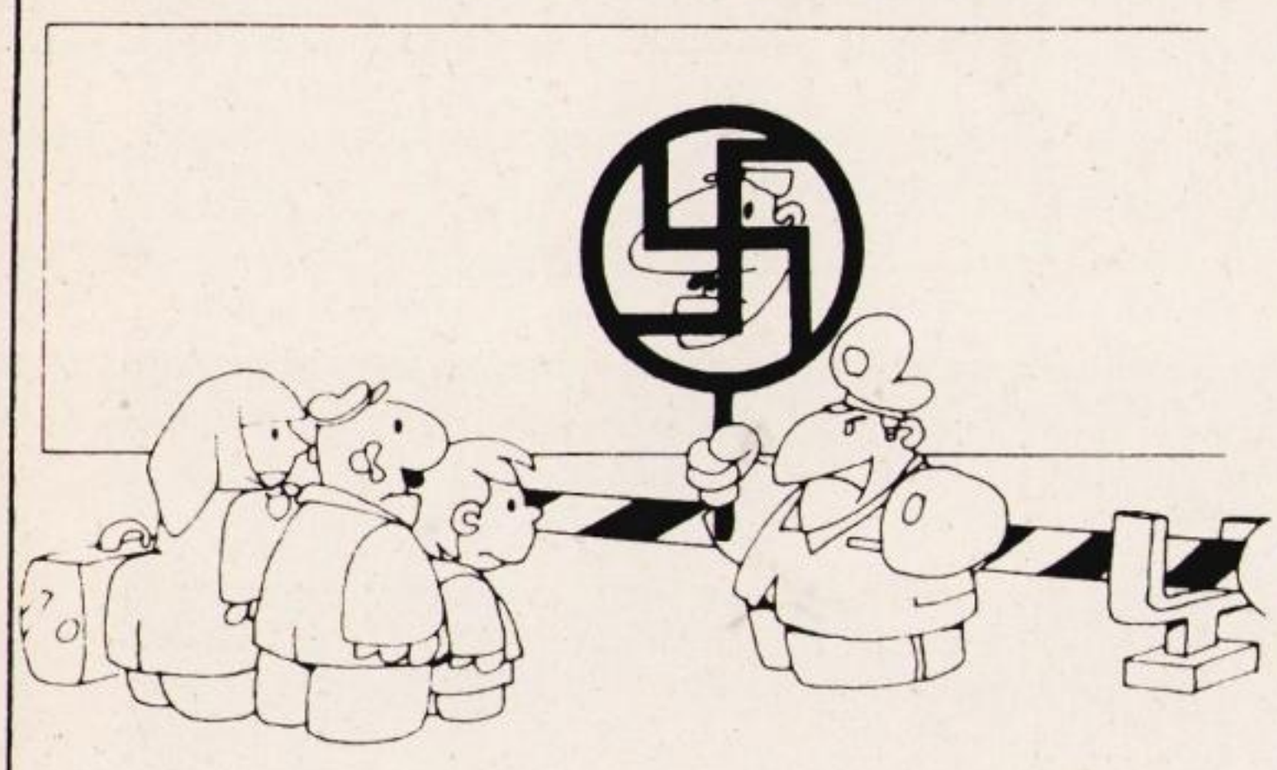
Nicht zu vergessen sind allerdings auch die bundespolitischen Geburtshelfer, die sich in Berlin besonders niederschlugen:

- die deutschtümelnde Ankündigung des Bundeskanzlers,daß die Aussiedlerfrage nun eine "nationale Aufgabe" sei, ohne entsprechende reale Politik nachzuliefern, was sich besonders in der "Frontstadt zum Osten" niederschlug
- eine unsoziale Gesundheits"reform",die vor allem die RentnerInnen trifft, die in Berlin immerhin 20% der Bevölkerung ausmachen
- die Verabschiedung der Bundesregierung aus dem sozialen Wohnungsbau 1986, die gerade Berlin mit seiner Wohnungsnot traf, während symbolisch Politik gemacht wurde, etwa mit dem Bau des deutschen historischen Museums in Bonn, für das der Bundesbauminister zum Beauftragten der Bundesregierung benannt wurde
- der Postversand rechtsextremistischer Werbematerialien der DVU mit ausländerfeindlicher Hetzpropaganda, während der Umweltschutzorganisation Greenpeace 1981 die Verwendung des internationalen Friedenszeichens als Freistempel untersagt wurde
- die Versuche der Geschichtsklitterung durch gnadenlos-begnadete Feiertagsreden a la Jenninger, durch infame Vergleiche a la Geißler und durch das Kohlsche Bitburg-Spektakel

Die Konsequenz:aus dem "Schatten der deutschen Geschichte" treten nun die "Republikaner".

Alte und neue Rechte

Die "Republikaner" stellen gewissermaßen eine Symbiose aus alter und neuer Rechter, aus Ewiggestrigen und neurechten Nationalrevolutionären dar. Gerade die letzte Tendenz, die "schäbige Verwandte von der Neuen Rechten"(Claus Leggewie) findet sich in dem am 2.September 1988 gegründeten Landesverband der "jungen Republikaner" Nordrhein-Westfalens. Neu ist diese nationalrevolutionäre Tendenz nur in ihrer



größeren politischen Breitenwirkung, denn sie greift auf die Weimarer Zeit zurück. Dort fand sie zum Beispiel in Ernst Niekisch eines ihrer begriffsdichtenden Sprachrohre. In der Leverkusener Erklärung der "jungen Republikaner" findet sich abschließend ein Satz Niekischs:"Wer nicht von den Völkern sprechen will, soll von den Menschen schweigen."Diese nationalrevolutionäre Tendenz hat ihre ehemals "linke" Tarnung aufgegeben, verläßt zunehmend die Ökologieund Friedensbewegung, in denen sie versuchte, Fuß zu fassen und bemüht sich um parteiliche Konstitution. Neogaullistisch beklagt sie amerikanische Unzuverlässigkeit in der Nato (bisweilen ist dies auch in der FAZ nachzulesen) und fordert die Wiedervereinigung, einen "Dritten Weg" zwischen westlicher parlamentarischer Demokratie und östlichem Sozialismus. Die aktuellen ideologischen Vorturner sind Armin Mohler, der bereits Ernst Jünger als Sekretar diente und als Denkfabrik die C. -Friedrich-von-Siemens-Stiftung in München ideologisch auf Kurs bringt, oder Bernhard Willms, sogenannter Staatsphilosoph an der Ruhr-Universität Bochum, der auch mal in der Sommerakademie der Konrad-Adenauer-Stiftung "grimmig über den Antifaschisten von Weizäcker herzieht"(Claus Leggewie:Die Mittelstürmer..Über die Lage(r) der Union, in:Kursbuch 89/1987,.s.60).

Die Rechtsextremen abfangen - aber wie?

Die Situation im rechten Lager hat sich mit den "Republikanern" verändert.Der grundlegenden Einschätzung, daß vom Neofaschismus unmittelbar keine ernsthafte Bedrohung der Demokratie ausgeht, sondern die eigentliche Gefahr darin liegt, daß der Neokonservatismus die Grenzen zum Rechtsextremismus einebnet, bedarf einer Präzisierung. Mit den "Republikanern" ist inzwischen ein eigenständiger Brückenkopf zwischen diesen Lagern vorhanden, der zwischen Nationalkonservativen in der Union und Neuer Rechter vermittelt.Daß es offenbar Sinn machen kann, die "Republikaner" zu wählen, um die politische Gesamtlage zu verändern, zeigen etliche nervöse Reaktionen aus den Reihen der Union. Eine Umarmungstaktik gegenüber den "Republikanern",die zwar keine Bündnisse oder Koalitionen miteinschließt, aber auf ideologisch-politische Einebnung abzielt, gleichsam eine unionsinterne Koalition schließt, wäre Wasser auf die Mühlen der intelligenteren Variante des Rechtsextremismus.
Es kann nur darum gehen, mit allen demokratischen Mitteln gegen die "Republikaner" vorzugehen. Aber noch mehr:notwendig ist eine Erneuerung der Politik,die wirklich mehr Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit umsetzt, die den krisenhaften Umbruch nicht im Sinne einer Zweidrittelgesellschaft vorantreibt. Dies setzt voraus, eine Politik für Drei-Drittel, insbesondere für das Drittel zu machen, welches unmittelbar von zu teuren Mieten, Arbeitslosigkeit und neuer Armut betroffen oder bedroht ist. Denn vor allem dieses hat bei der Wahl in Berlin revoltiert:per Kreuz für die "Republikaner" oder durch Wahlenthaltung.Insofern besteht in der Tat die Gefahr, daß die Zweidrittelgesellschaft ihr politisches Pendant, die "Zweidritteldemokratie" bekommt.(Michael Böhm, in:Der Gewerkschafter 2/89,s.14)
Karsten Rudolph, Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen

DVU auf Tour de Ruhr

Für den 1.April 1989 hatte die DVU in insgesamt sieben Städten Kundgebungen angemeldet. Sie erhielt aber nur in fünfen die Erlaubnis, ihre Wahlveranstaltungen abzuhalten.
Dieses erreichte sie durch einstweilige Verfügungen.
Die erste Kundgebung war in Castrop-Rauxel.Dort hatten sich ca. 300 Antifaschisten - darunter auch einige Recklinghäuser - versammelt, um das Auftreten der DVU zu verhindern.
Mit einem massiven Polizeiaufgebot und der Absperrung des Kundgebungsplatzes versuchte die Polizei ihrerseits alles, um die Veranstaltung der DVU zu ermöglichen.Auch die schlechte Organisation der Antifaschisten trug dazu bei, daß die DVU auf den abgesperrten Platz gelangen konnte und dort ihre Lautsprecheranlage aufbaute.
Zu inkonsequent verhielten sich die Gegendemonstranten,als die Faschisten mit sechs Personen "Fußvolk" und einem VW-Bulli den Weg durch die Demonstranten zum Kundgebungsplatz freikämpften.
Dort angelangt, bauten sie ihre Lautsprecheranlage auf, die durch den Recklinghäuser Polizeipräsidenten genehmigt worden war, obwohl das Ordnungsamt der Stadt Castrop-Rauxel das vorher untersagt hatte und es ja eigentlich das Ordnungsamt ist, daß die Zuständigkeit für solche Angelegenheiten hat.
Die Anlage nützte den Faschisten dann allerdings nichts mehr, weil die Antifaschisten die Reden der DVU lautstark durch Sprechchöre und Pfeifkonzerte übertönten.
Ergänzt wurden diese Störaktionen noch durch einige gut plazierte Eierwürfe.
Diese wurden allerdings einigen Gegendemonstranten zum Verhängnis,denn die Polizei hielt es darauf für unbedingt nötig, eierkaufende Passanten vorübergehend festzunehmen und sie einer erkennungsdienstlichen Behandlung zu unterziehen.

Insgesamt wurden sieben Gegendemonstranten festgenommen.Von den "Straftätern" wurden Photos gemacht, Fingerabdrücke genommen und es wurden ihnen die Eier (weil "Waffen") weggenommen.
Insgesamt muß man sagen, daß die Polizei in Castrop-Rauxel äußerst brutal und unverhältnismäßig gegen die Antifaschisten vorging.
Ein Recklinghäuser Gegendemonstrant stellt dann auch Strafanzeige gegen die Einsatzleitung der Polizei.
Die Gruppe der Recklinghäuser Antifaschisten fuhr später dann nach Wanne-Eickel,wo sich die DVU ebenfalls angemeldet hatte.
Doch konnte diese da nicht in Erscheinung treten, weil ihre Lautsprecheranlage in Bochum nicht die Sympathie der dortigen Gegendemonstranten gefunden hatte und die DVU-Aktivisten Zeit einbüßten, als sie erst noch in Wattenscheid bei der NPD eine Sprechanlage ausleihen mußten.

Ein großer Teil der Wanne-Eickeler Gegendemonstranten mußte die fürsorglich eingekauften Eier folglich mit nach Gelsenkirchen, der nächsten Station der Tour de Ruhr, nehmen.
Der dortige Kundgebungsplatz glich auf den ersten Blick dem polizeilich eingezäunten Gelände in Castrop-Rauxel. Als die DVU ankam, mußte sie aber

feststellen, daß der Widerstand ungleich größer als in Castrop war.
Ähnlich wie dort hatte die Polizei vor, die Faschisten durch einen schlauchförmigen Korridor zum Platz zu führen. Das konnte durch ein konsequentes Verhalten der Gegendemonstranten verhindert werden.
Dadurch sahen sich die DVU-Aktivisten genötigt, die Richtung zu ändern und mit erhöhtem Tempo um den abgesperrten Platz herum durch die Menge der Passanten und Gegendemonstranten zu fahren.
Doch auch dieses Manöver nutzte ihnen nichts, denn die Antifaschisten reagierten schnell. Der Bulli, der von den Demonstranten auf dem restlichen Weg bis zum eingezäunten Bereich eingehend bearbeitet wurde, erschien den Teilnehmern der Gegendemonstration danach nicht mehr verkehrstauglich.
Dem konsequenten Widerstand der Antifaschisten und dem im Vergleich zum brutalen Eingreifen der Polizei in Castrop relativ gemäßigten Polizeieinsatz in Gelsenkirchen war es zu verdanken, daß die DVU nach einer Viertelstunde resigniert abzog.
Leider ist es den Autoren dieses Artikels unbekannt, ob die letzte geplante Kundgebung in Essen stattfand und wie diese verlief.

Militanter Antifaschismus

Teil des antifaschistischen Kampfes

Müssen antifaschistische Propaganda und antifaschistische Militanz gegeneinander gestellt werden - oder geht es auch zusammen zu sagen: "Schlagt die Faschisten,wo ihr sie trefft" und "Laßt das lieber bleiben"?

Verändern Prügel das Bewußtsein?

"Faschistisches und reaktionäres Bewußtsein wird nicht durch physische Angriffe verändert", heißt es. Wer würde dem nicht zustimmen?Weiter pflegt es dann folgendermaßen zu gehen:"Daher ist Gewaltanwendung gegen Faschisten sinnlos!" Schon diese Argumentation zeigt, daß der Zweck antifaschistischer Militanz nicht verstanden wurde, da er auf Überzeugung der Faschisten reduziert wird. Dafür sind Prügel allerdings ein untaugliches Mittel. Es geht auch nicht darum, Faschisten physisch fertig zu machen, weil es "böse Menschen" sind, um gleich einem weiteren unsinnigen Argument zu begegnen.
Bei antifaschistischer Militanz geht es um etwas anderes:einerseits die Faschisten "von der Straße" zu kriegen, um der ständigen Bedrohung durch sie zu begegnen, und andererseits ihre Propaganda und damit ihre Ausbreitung zu verhindern. Beide Aspekte sollen im folgenden erläutert werden.

Faschisten sind eine permanente Bedrohung

Je mehr Faschisten öffentlich auftreten können, desto unangenehmer wird die Situation für ihre GegnerInnen und diejenigen, die von den Faschisten als "Untermenschen" bezeichnet werden. Die Faschisten hier nicht angreifen und vertreiben zu wollen, können eigentlich nur GenossInnen,die sich nicht bedroht fühlen, weil sie nicht erkennbar oder greifbar für die Faschisten sind, also Leute, die

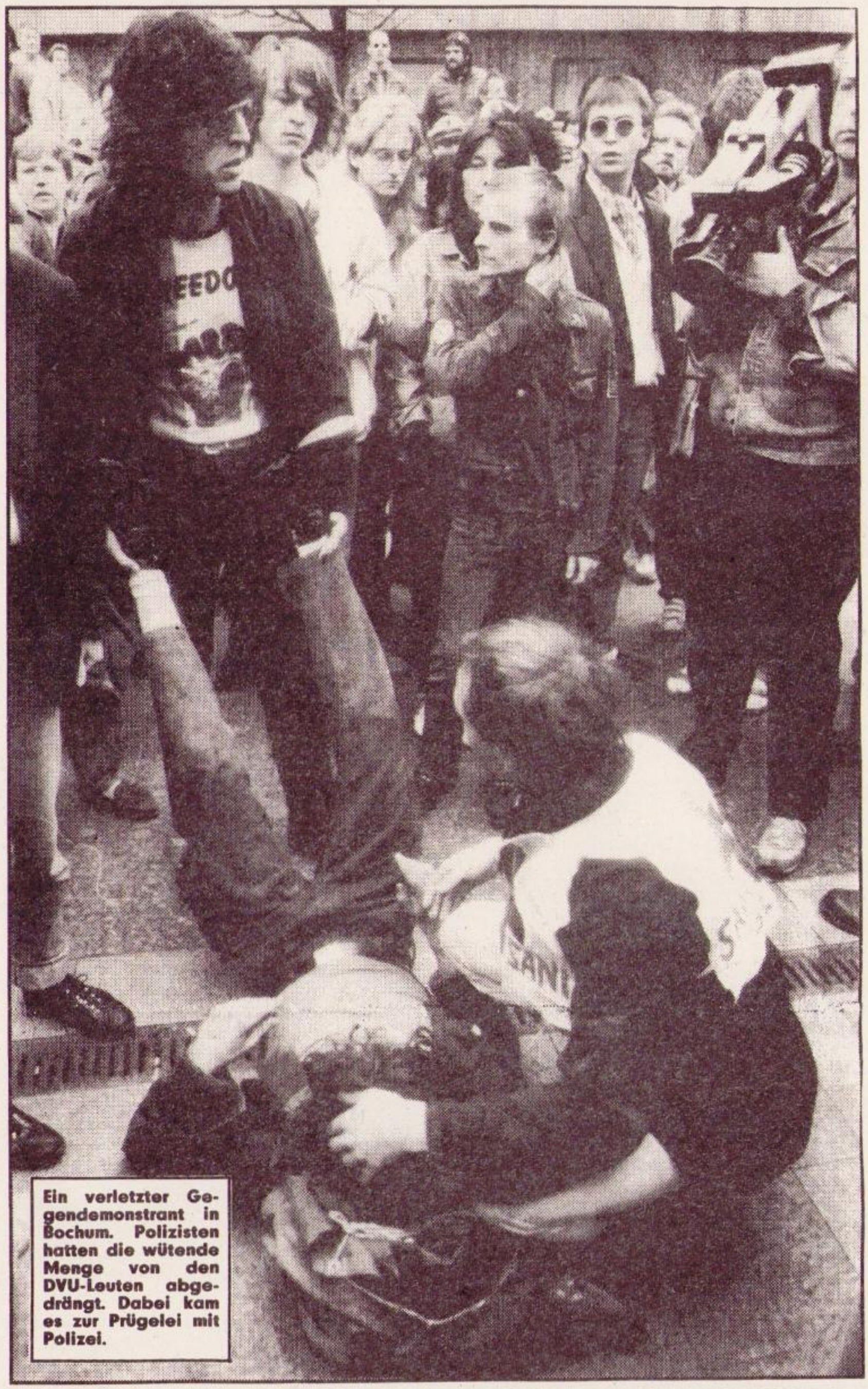
- keine Punx sind,
- keine langen Haare haben,
- keine AusländerInnen sind,
- keine stadtbekannten Linken sind,
- nicht auf die öffentlichen Nahverkehrsmittel angewiesen sind,
- nicht in Fascho-Hochburgen wohnen,

denn diese sind einer permanenten Bedrohung durch die Faschisten ausgesetzt.Beispiele sparen wir uns hier und setzen diese als bekannt voraus.
Unter dieser Bedrohung kommen sie eher auch dazu, den Faschisten physisch entgegenzutreten. Und für die, die nicht bedroht sind oder sich nicht bedroht fühlen:Wie steht es mit der Solidarität?
Weiterhin die Bedrohung linker Politik überhaupt. Das ist ja gerade die augenblickliche objektive Funktion der Faschisten-Banden. Die Faschisten sind nützlich, um Angst bei Linken zu erzeugen, die Bedrohung auf der Straße bei Demos, Flugblattverteilen, Plakatieren,usw.

Gegen faschistische Propaganda

Die Faschisten gewinnen Leute und verbreiten reaktionäres Gedankengut durch Parolen, Aufkleber,Flugblätter - also die eher üblichen Propagandamethoden - und durch ihr Auftreten als schlagkräftige Truppe, da sie damit "Kameradschaft", also Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gruppe bieten und Menschen damit aus ihrer **Vereinzelung** durch die kapitalistische Gesellschaft **scheinbar** heraushelfen. Der "Führer" nimmt dem Einzelnen Verantwortung in einer komplizierten Umwelt ab, mann braucht nicht zu denken, es sieht alles so einfach aus. Um das genauer zu haben, sind hier einige Aus-

sagen von Neonazis, auch ehemaligen, darüber, was sie zu ihrer Gruppe brachte, und was sie da hielt.
Ein ehemaliges Mitglied der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), Jugendorganisation der NPD, erzählt:
Die ‚Gruppen' und Aktionen, das hat mir immer imponiert...Dazu kamen außer den JN-Mitgliedern immer noch ein paar Idioten, nur um sich zu prügeln...Das Ganze war für uns in erster Linie die Gruppe und die Schlägereien. Wir haben Asterix und Obelix' gespielt, die ein Römerlager überfallen und dann von ihren Schlägereien berichten. Wenn wir uns mit den Roten geprügelt haben, haben



Ein verletzter Gegendemonstrant in Bochum. Polizisten hatten die wütende Menge von den DVU-Leuten abgedrängt. Dabei kam es zur Prügelei mit Polizei.

wir nie verloren, sind wir nie abgehauen. Obwohl die Eisenstangen gehabt haben. Im allgemeinen sind die Roten feige...Ich selber habe den theoretischen Kram nach und nach übernommen. Mein Eintrittsgrund in die JN war ganz bestimmt nicht die Ideologie. Wie die anderen in meiner Gruppe habe ich Bestätigung durch eine harte und sehr männliche Gruppe gesucht.

Ein anderer berichtet über die Wehrsportgruppe Hoffmann:

Besonders hat mir gefallen, daß da so eine Kameradschaft gegeben wird. Und das Auftreten der Wehrsportgruppe allgemein:Was mir auch sehr gut gefallen hat, war, daß die Wehrsportgruppe so eine gewisse Angst in der Bevölkerung auslöste. Das stärkte immens mein Selbstbewußtsein.

Und ein Mitglied der Jungen Front (Jugendorganisation des seit längerem verbotenen Volkssozialistischen Bundes Deutschlands):

Ja, hauptsächlich Kameradschaft - dann die politische Arbeit, weil ich mich sehr für Politik interessiere - und die Zusammengehörigkeit überhaupt - und daß ich von der Straße wegkomme - weil:wenn Du überhaupt keinen Halt mehr hast und irgendwohin kannst, und den hab ich mehr oder weniger nicht, dann kommst Du praktisch auf den schiefen Weg.

Ein anderer der JF:

Wir haben in unseren Reihen viele Jugendliche, die keine Arbeit haben, die vielleicht gerade deshalb zu uns kommen, weil sie sich davon erhoffen, daß sie Abwechslung von der Straße haben....

Mit dem gemeinsamen Auftreten wird eine Sicherheit für den Einzelnen geboten, die die Möglichkeit schafft, Aggressionen an anderen Menschen auszulassen, z.B. Angst verbreiten, Menschen zusammenschlagen;durch die faschistische Ideologie richtet sich das dann nicht gegen die wirklichen Ursachen ihrer Lage, sondern gegen scheinbare, wie z.B. AusländerInnen und Linke. Diese beiden ‚psychologischen' Ursachen für den Zulauf junger Menschen bei rumprügelnden Fascho-Gruppen wie Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), Nationalistische Front (NF),Nazi-Skins (Gruppengefühl- Pseudokollektivität und Sicherheit im öffentlichen Auftreten) dürfen nicht unterschätzt werden. Deswegen läuft ein Antifaschismus, der ausschließlich die Ideologie bekämpft, Gefahr ins Leere zu laufen, weil die Ursachen, wegen denen Menschen bei den Faschisten landen, häufig andere sind als ideologische Überzeugung, die Ideologie spielt zumindest nicht die alleinige Hauptrolle. Das müssen wir stärker berücksichtigen.

BLÜMCHEN am Revers: In Wanne gab es Sympathie-Gesten für die Polizei.

Z.B. die Angriffe von Faschisten und Hooligans auf die Hafenstraße

Wir zitieren einen längeren Bericht aus der revolutionären Jugendzeitung "Armes Deutschland" vom September 1988:

"Schon vor dem Spiel hatten die aus der ganzen Republik angereisten Hooligans am Hauptbahnhof und im Volksparkstadion Flugblätter verteilt, in denen dazu aufgefordert wurde, die Hafenstraße ‚aufzumischen'. Auch in der letzten Ausgabe des ‚Stern' vor dem Spiel konnte mensch in einem Interview mit Hooligans aus verschiedenen Städten, neben der Feststellung, die Holländer seien doch ‚alles Juden oder irgendwelche Zecken', nachlesen, daß man der Polizei schon angeboten hätte, ‚in der Hafenstraße aufzuräumen', und daß da ‚wohl noch was laufen' werde.

Nachdem Beckenbauers Gurkentruppe von den Holländern mit 2:1 aus dem Turnier geworfen wurde, sammelten sich ca. 200 Hooligans auf der Reeperbahn.
Die Polizei entschuldigte diesen von ihr unbehelligten Aufmarsch später damit, daß sich die Hooligans unbemerkt in Kleingruppen nach St.Pauli begeben hätten. Diese Kleingruppen müssen jedoch ein erstaunliches Timing an den Tag gelegt haben. Sie erschienen nicht etwa nach und nach, sondern gemeinsam aus dem Nichts in St.Pauli. Dieser Mob stürmte sodann durch die Balduinstraße auf die ehemals besetzten Häuser in der Hafenstraße zu. Da die Polizei weiterhin auf ihrer Abwesenheit beharrte, wurden die Hooligans von den ca. 150 bis 200 Leuten, die sich zum Schutz der Häuser eingefunden hatten, mit Steinen und Leuchtkugeln empfangen und zurückgeschlagen.
Erst als die Hooligans nun die Flucht ergriffen, hielt es die Polizei für nötig, sich zwischen die Fronten zu stellen, uns aufzuhalten. Diese Polizeitaktik ist nicht neu. Sie wurde bei etlichen Gelegenhei-

ten angewendet, bei denen die Faschisten ihr Ziel, uns platt zu machen, verfehlten und ohne den Schutz der Polizei selbst was auf die Mütze bekommen hätten.
Nachdem sich die Hooligans auf dem Hans-Albers-Platz wieder gesammelt hatten, zogen sie über die Reeperbahn zur Davidsstraße, um die Hafenstraße erneut anzugreifen. Die Polizisten schienen zu diesem Zeitpunkt vom kläglichen Abschneiden ihrer Nationalmannschaft noch immer so schockiert, daß sie von der Völkerwanderung vor ihrer Nase nichts bemerkten und es an der Ecke Davidsstraße/Bernhard-Nocht-Straße zu einem erneuten Schlagabtausch kam.
Auch hier konnten die auf ca. 300 angewachsenen Hooligans nach einiger Zeit zurückgeschlagen werden. Wieder griffen die Polizisten zu ihrem Schutz ein. Sie stellten sich zwischen die Fronten, mußten dabei aber einiges einstecken, da von beiden Seiten immer noch Steine flogen...
Erst als sich viele von uns wieder zu den Häusern zurückgezogen hatten, gaben die Polizisten - übrigens geführt von Ein-

satzleiter Rürüp, dem Initiator des Hamburger Kessels - die Straße wieder frei." Wäre an diesem Abend nicht eine Vielzahl gut ausgerüsteter und entschlossener Antifaschisten gewesen, wäre die Hafenstraße überrannt worden, die BewohnerInnen mindestens zusammengeschlagen, es hätte Tote geben können.Nochmal ausdrücklich:**Die Polizei hat erst nachher eingegriffen. Wer sich im antifaschistischen Kampf auf den Staat, auf Polizei und Gesetze verläßt, ist kein Antifaschist.** Wäre die Hamburger autonome Szene so drauf, wie Volksfront, Vereinigte Sozialistische Partei und der Bund Westdeutscher Kommunisten es in Hamburg sind , gäbe es die Hafenstraße längst nicht mehr.Ihr gleichgültiges Nichtverhalten hätte GenossInnen einiges kosten können. Ist das wirklich egal?

Weiter, wenn dem BWK, der Volksfront und der VSP die Hafenstraße und ihre BewohnerInnen schon egal sind, müssen sie sich zumindest fragen, was gewesen wäre, wenn die Faschisten und Hooligans durchgekommen wären. Es hätte einen riesigen Aufschwung der Faschisten gegeben, sie wären wer, nämlich a) die Stärktsten in der Stadt, das macht in ihren Kreisen attraktiv, und b) sie hätten geschafft, was der Staat nicht schafft:die Hafenstraße zu räumen.

Biobauern ungewollt in Neonazi-Magazin

Zwischen Judenhetze und Werbeannoncen der rechtsextremistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) finden sich jetzt unverhofft viele Öko-Landwirte aus dem gesamten Bundesgebiet wieder , deren Kleinanzeige in dem Neonazi-Magazin "Die Bauernschaft" abgedruckt wurde.
Herausgeber ist der dänische Jung-Nationalsozialist Henrik Olling, der seinen Namen für die Fortführung des neonazistischen Blattes der Bürger- und Bauerninitiative (Sitz Hannover) hergegeben hat, das in Wirklichkeit aber weiterhin vom inzwischen 70jährigen "Bauernschaft"-Gründer Thies Christophersen im Umlauf gebracht wird.
Christophersen wird in der Bundesrepublik per Haftbefehl gesucht, weshalb er sich ins dänische Exil nach Kollund, ein Dorf nahe der deutschen Grenze bei Flensburg, abgesetzt hat.Ein Auslieferungsbegehren der bundesdeutschen Behörden scheiterte, da sich Christophersen in Dänemark in zwei juristischen Instanzen dagegen behauptete und seine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung damit von der dänischen Justiz untermauern ließ.
Christophersen ist einschlägig vorbestraft. Er war SS-Aufseher im Konzentrationslager Auschwitz und Autor des inzwischen in der Bundesrepublik verbotenen Buches "Die Auschwitz-Lüge".
Knapp 100 Biobauern, darunter viele aus der Bioland-Organisation, finden nun ihre Annonce in der "Bauernschaft" wieder, ohne daß sie etwas mit dem braunen Spuk zu tun haben.Im Gegenteil, die meisten sind vielmehr "TAZ-Leser" oder Mitglieder der Grünen. Die Bundesgeschäftsstelle von Bioland appelliert deshalb an alle AntifaschistInnen, nicht all diese Adressen automatisch in die ‚braune' Ecke zu stellen. Folge für die Betroffenen war bisher auch, daß sie aus Kanada (vom Neonazi Zündel) und aus dem Bundesgebiet von Neofaschisten angeschrieben wurden.
Pikant an der Liste ist, daß durchaus die eine oder andere Adresse rechtsgesinnter Biobauern gehört;das allerdings sind die Ausnahmen.
Viele Ökobauern wissen gar nicht, wie die "Bauernschaft"-Macher an ihre Adresse gekommen sind. Zu vermuten ist, daß sie einfach aus entsprechenden Prospekten und Broschüren abgeschrieben wurden. Wenige andere wurden aus Dänemark angeschrieben mit der Frage, ob ein Einwand gegen den Abdruck einer kostenlosen Kleinanzeige in einem Heft für alternativen Landbau und gesunde Ernährung bestehe.Aus Unwissenheit und Naivität sind darauf einige Biobauern hereingefallen.
Weitere Anfragen oder Informationen dazu sind zu richten und zu erhalten bei der /an die Bundesgeschäftsstelle von Bioland.

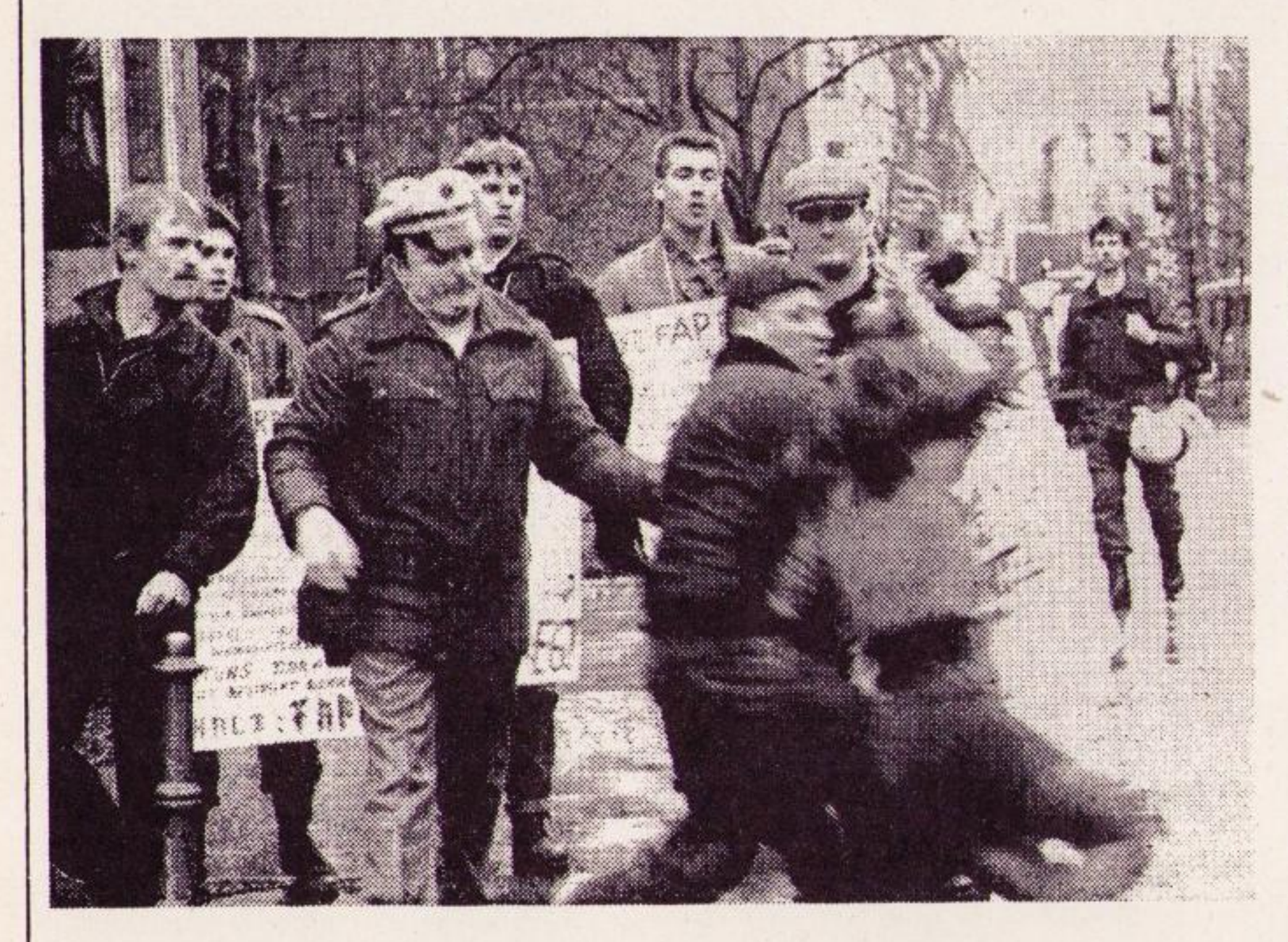
FAP-Kundgebung in Aachen

Am 16.März gelang es acht FAP-Faschisten, abends eine Kundgebung abzuhalten. Diese Kundgebung konnten die Faschisten dank hunderter von Polizisten weitgehend ungehindert durchführen.Die Aktion der Faschisten fand im Viertel der Technischen Hochschule von Aachen statt. Ihr traten etwa 500 Antifaschisten entgegen.
Obwohl viele Städte in Nordrheinwestfalen den Faschisten, insbesondere der FAP, keine Kundgebungs- oder Tagungsorte mehr zur Verfügung stellen, wurde der FAP nach "ordnungsgemäßer" Anmeldung in Aachen die Kundgebung genehmigt.
Laut Anmeldung sollte das Thema der Veranstaltung die Europa-Wahl sein.
Die Gegendemonstranten übertönten aber zumeist die faschistische Propaganda. Die meisten Antifaschisten kamen von einer Juso-Veranstaltung zum "Rechtsradikalismus",die zu der Zeit in einem Jugendhaus stattfand.
Schon vor Beginn der Aktion riegelten die Polizisten, mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnet und teilweise beritten, den gesamten Platz durch Kettenbildung ab und ermöglichten den Faschisten so, mit Polizeischutz den Aufmarsch mit Hakenkreuzfahne.
Angekommen an ihrem Kundgebungsort gruppierten sich die FAPler vor einem Kreuzigungsdenkmal in Reih und Glied, schwenkten die Hakenkreuzfahne und verkündeten ihre Parolen per Megaphon:
"Ausländer raus!Keine Asylantenfütterung!Steuerbefreiung für Deutsche! Raus aus der EG!"
Dies war auch auf den Plakaten zu lesen, die die Faschisten mitgebracht hatten.
Trotz schärfster Beschützung der Faschisten durch die Polizei gelang es einem Demonstranten, auf den Platz zu gelangen und einem Faschisten die Hakenkreuzfahne zu entreißen. Der Mann flüchtete zurück in die Reihe der Demonstranten, wo dann die Fahne verbrannt wurde.
Daraufhin knüppelte die Polizei wahllos auf Demonstranten ein, während die Faschisten zwei Stunden lang ihre Parolen

schrien.
In den Straßen um den Kundgebungsplatz befanden sich weitere Faschisten, die versuchten, Demonstranten in Schlägereien zu verwickeln. Auch hier patroullierte Polizei.
Als es für vier Faschisten bei einer von ihnen angezettelten Schlägerei etwas zu eng wurde, wurden sie in einen Polizeiwagen verfrachtet, um sie vor den Demonstranten zu schützen.
Die Polizei erprobte wieder einmal ihre Kesseltaktik und nahm 50 Demonstranten fest. Das ganze sah wie ein abgekartetes Spiel aus, das das Ziel hatte, möglichst viele Festnahmen zu produzieren.
Nach Feststellung der Personalien wurden die Verhafteten Demonstranten gegen Mitternacht wieder freigelassen.

Wegen der verbrannten Fahne wird höchstwahrscheinlich Strafanzeige wegen Sachbeschädigung erstattet.

Die "Aachener Nachrichten" versuchten, die Aktion der Faschisten so darzustellen, als wenn ein paar junger Männer, "einer kaum älter als 20 Jahre", von bösen "linken Demonstranten" in der Ausübung ihrer freiheitlich-demokratischen Rechte gestört wurden. Die Aktionen der Polizei wurden immer wieder gerechtfertigt.
"Die Polizei nahm vier FAPler fest und verfrachtete sie in einem Polizeiwagen. Linke Demonstranten beobachteten die Szene, warfen sich vor den Wagen und wollten sich auf die FAPler stürzen. Daraufhin kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten..."
Tatsache ist, daß sich die DemonstrantInnen vor ein mit FAPlern besetztes Polizeifahrzeug stellten, ohne irgendwelche Gewalt anzuwenden.
Nachdem diese Tatsache auch in der Öffentlichkeit bekannt wurde, trat die Polizei die Flucht nach vorn an, um ihren illegalen Einsatz zu rechtfertigen.
So behauptet ihr Pressesprecher mittlerweile, Demonstranten hätten versucht, das Fahrzeug zu stürmen und umzuwerfen.Und weil das immer noch nicht reichte, spricht er von mehreren Fahrzeugen, die gestürmt werden sollten.
Wohl wissend, daß ihm das keiner glauben will, erfindet er als mutmaßliche Täter auch noch einen sogenannten "Autonomen Block".
Damit will man beim Publikum an vertraute Assoziationen rühren, die in Presse und Fernsehen schon lange gehegt und gepflegt werden. Schwarz vermummte "Chaoten", denen bekanntlich ja alles zuzutrauen ist.



"Der Feind steht rechts"

'Die Jungsozialisten/innen des Unterbezirks Recklinghausen wollen in ihrer antifaschistischen Arbeit neue Akzente setzen. Bereits 1984 und 1985 erschienen Dokumentationen zum Thema "Neonazis in Recklinghausen".
Die Wahlerfolge der NPD,DVU Liste-D und der Republikaner haben gezeigt, daß der Rechtsextremismus als Bestandteil der politischen Kultur in der BRD sich erneut als Alternative zu anderen Parteien darstellt.
Darum haben die Jusos sich entschlossen, erneut eine Broschüre zu erarbeiten.Diesmal soll jedoch nicht allein der Kreis Recklinghausen betrachtet werden, sondern allgemein das Erstarken der "neuen" Rechten. Außerdem wollen wir uns mit ihren Programmen auseinandersetzen und versuchen, einen analytischen Ansatz zu finden.
Wir beschäftigen uns zur Zeit eingehend mit den Programmen von Republikanern und DVU Liste-D. Obwohl die Republikaner sich offiziell von der DVU distanzieren, weisen beide Programme viele Gemeinsamkeiten auf.
Somit wächst unsere Sorge, daß sie in naher Zukunft (Europawahl/Kommunalwahl NRW) eine gemeinsame Front bilden werden.
Die Wahlen in Bremerhaven, Berlin und Frankfurt, sowie die Sinus-Studie zeigen, daß Teile unserer Gesellschaft bereit sind, rechtsextremen Positionen zuzustimmen. Sie gehen erneut nach der "Sündenbock"-Idee vor und richten ihren Haß auf Ausländer und Asylanten,anstatt Ursachenforschung zu betreiben.
Grund genug, aufklärerisch Stellung zu nehmen.
Eine genaue Gliederung der Dokumentation, Erscheinungstermin und Bezugsstelle findet Ihr in der nächsten "AntifaZ".
Mit sozialistischen Grüßen
- der Juso-Unterbezirk-Recklinghausen.

ANZEIGE

Antifaschistische Arbeit wird immer notwendiger! Appell des Antifaschistischen Bundes Recklinghausen:

ARBEITE MIT IM AFB!

Seit fast drei Jahren gibt es in Recklinghausen den ANTIFASCHISTISCHEN BUND (AFB).
Nach dieser Zeit kann der AFB auf eine große Zahl antifaschistischer Aktionen, Initiativen und Veranstaltungen zurückblicken.
Es gab kein Auftreten von Neofaschisten in Recklinghausen, gegen das nicht tatkräftig mobilisiert worden wäre.
Ein Glanzpunkt der Tätigkeit war die Verhinderung eines Treffens zwischen Altfaschisten des "Deutschen Freundeskreises" und den Neofaschisten der "Republikaner" im Frühjahr 1987.Diese Aktion ist vielen Recklinghäuser AntifaschistInnen unter dem Motto "Spaß mit Bruno" in Erinnerung geblieben. Bruno Schemeit ist der Führer des "Deutschen Freundeskreises".
Ein weiterer Höhepunkt war die große Demonstration gegen ein angekündigtes bundesweites "Skinhead-Treffen" in Recklinghausen, an deren Zustandekommen der AFB maßgeblich beteiligt war.
Eine dritte gelungene Aktion war eine Veranstaltung anläßlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht, die gemeinsam mit den Recklinghäuser Jungsozialisten durchgeführt wurde. Redner dieser Veranstaltung war der bekannte Geschichtsprofessor H.Mommsen aus Bochum.

Obwohl der AFB seit seiner Gründung durch sein Programm und seine Praxis deutlich machte, daß er strikt überparteilich arbeitet und alle unterschiedlichen Auffassungen zum antifaschistischen Kampf, seien sie nun sozialdemokratisch, anarchistisch oder kommunistisch, im AFB vertreten sein können, wurden wir immer wieder in eine "linksextreme Ecke" gestellt.
Das änderte sich auch nicht, als der AFB als einzige Recklinghäuser fortschrittliche Kraft ernsthafte Versuche unternahm, mit der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU, ins Gespräch zu kommen, was allerdings an der Berührungsangst seitens der Jungen Union bisher scheiterte.
Auch den Recklinghäuser "Autonomen" ist der AFB seit seiner Gründung ein Dorn im Auge. Weil er für das Verbot aller faschistischen Organisationen eintritt, gilt er in diesen Kreisen als "bürgerlich".
Die Recklinghäuser "Grünen", mit denen der AFB noch am meisten bisher zusammengearbeitet hat, sind sauer, wenn der AFB eine Veranstaltung durchführt, wie die mit Professor Mommsen, ohne dazu "ein grünes Ratsmitglied aufs Podium einzuladen". Ursache all dieser Anfeindungen ist unseres Erachtens die Tatsache, daß sich der AFB bisher tatsächlich

von keiner einzigen politischen Kraft in Recklinghausen vor den Karren spannen läßt. Und daran werden wir mit Sicherheit festhalten.

Obwohl die Tätigkeit des AFB in Recklinghausen sicher von vielen anerkannt wird, gab es auch immer wieder massive Anfeindungen.

So bezeichnete noch vor wenigen Tagen der CDU-Stadtrat Hegemann den AFB als "Sammelbecken für Linksradikale".

Im Vorfeld dser Demonstration gegen das Skinhead-Treffen wurde gezielt der Eindruck erweckt, daß von Seiten des AFB "Gewalttätigkeiten" vorbereitet würden. SPD-Landrat Marmulla verstieg sich sogar zu der Behauptung, die AntifaschistInnen unterstützten die "Feinde der Demokratie".

Wir appellieren jetzt an Recklinghäuser Demokraten, sich zu engagieren und angesichts des wachsenden Einflusses der Neofaschisten auch organisiert tätig zu werden.

Es gibt viele, die unsere Arbeit in Gedanken unterstützen - das reicht heute aber nicht mehr aus.

Wir alle werden die Folgen bitter zu tragen haben,wenn nicht endlich in größerem Umfang praktische Arbeit geleistet wird.

Um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, braucht der AFB unbedingt weitere Mitarbeiter!

Und es gibt keine besonderen Bedingungen für die Mitarbeit:Niemand muß schon große politische Vorkenntnis mitbringen, jeder kann sich bei uns Schritt für Schritt, entsprechend seiner individuellen antifaschistischen Interessen und Fähigkeiten, einbringen und weiterbilden, kann Erfahrungen sammeln.

Selbstverständlich ist die Teilnahme an Aktionen völlig freiwillig, wir achten sehr darauf, daß neue Mitglieder nicht "verheizt" werden, aber auch darauf, daß nicht im Überschwang der Wut auf die Neofaschisten oder auf deren Unterstützung durch die Polizei unüberlegte Einzelaktionen durchgeführt werden.

Kurz:Der Antifaschistische Bund ist die Organisation für alle, die sowohl theoretisch dazulernen wollen als auch dem aufkommenden Neofaschismus praktischen Widerstand entgegensetzen wollen!

Deshalb: Arbeitet mit, organisiert Euch - es ist an der Zeit!

Der AFB trifft sich regelmäßig freitags, 18.00 Uhr in der Recklinghäuser Altstadtschmiede, Kellerstr. 10.

Spende für AntifaZ!

Seltene Freude für unsere Zeitschrift: Am 6.April übergab Martin Upphof uns eine Spende von 240 DM.Das Geld ist der Restbetrag des Fonds der inzwischen aufgelösten "Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit".

An alle ehemaligen Ini-Mitglieder: Herzlichen Dank!

...IN LETZTER MINUTE

Alle,die das**Kritische Tagebuch** im Hörfunkprogramm WDR III einigermaßen regelmäßig anhören bzw. aufzeichnen, sollten sich mal mit 0521/178297 oder 02361/29302 in Verbindung setzen.

Suche Leute, die Lust haben,**musikalisch** antifaschistisch tätig zu werden.Folkig bis fetzig, Hauptsache es läßt sich ohne zu großen elektrischen Aufwand im Saal und auf der Straße zu Gehör bringen. Kontakt über AntifaZ.Stichwort "Musik".

Charta des europäischen Bürgers

Artikel 1

Jeder, der in dem Territorium eines europäischen Staates geboren ist, geniesst mit dem Moment der Geburt und ohne jede Einschränkung die Nationalität dieses Staates. Nur die Person selbst darf diese Nationalität ablehnen und sie zurückgeben.

Artikel 2

Jede Person die maximal 5 Jahre in dem Gebiet eines europäischen Staates ihren rechtmässigen Wohnsitz hat, hat das Recht ohne Einschränkung die Nationalität dieses Staates in Anspruch zu nehmen.

Jede Verweigerung dieses Rechts muss begründet sein und einen Einspruch ermöglichen

Artikel 3

Jede Person, die verfolgt wird oder die von Verfolgung bedroht ist, auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, ihrer Überzeugung, ihrer Religion, oder die einer Kriegssituation entflieht, hat das Recht in jedem europäischen Staat ihrer Wahl Asyl zu beanspruchen. Dies unter Bedingungen, die alle in dieser Deklaration definierten Rechte garantieren, auch mit der Garantie auf zeitweiliges Asyl ohne Einschränkung bei der Einreise.

Artikel 4

Jede Person, die ihren rechtmässigen Wohnsitz in dem Gebiet eines europäischen Staates hat, besitzt Anspruch auf Aufenthaltssicherung. Dies schliesst ein:

- die Vergabe von langfristig ausgestellten Auf-enthaltspapieren
- die Unterstützung Minderjähriger und junger Menschen, die in dem Land aufgewachsen sind
- das uneingeschränkte Recht auf sofortige Familienzusammenführung.

Jede Änderung im Aufenthaltsstatus eines Immigranten darf nur Ergebnis einer Gerichtsentscheidung sein,gegen die Einspruch erhoben werden darf.

Jede Person, die in einem europäischen Land lebt, hat das Recht frei und ohne Diskriminierung ihren dortigen Wohnsitz zu wählen.

Jede Person, die ihren rechtmässigen Wohnsitz in einem europäischen Staat besitzt, hat den uneingeschränkten Anspruch auf Freizügigkeit in dem Gebiet der europäischen Staaten.

Artikel 5

Jede Person, die ihren rechtmässigen Aufenthalt in einem europäischen Staat hat, hat nach maximal fünfjährigen Aufenthalt das Recht, sowohl zu wählen als auch gewählt zu werden - zumindest im Rahmen von Kommunalwahlen - in den allgemein,festgelegten Wahlkreisen.

Jede Person, die ihren rechtmässigen Aufenthalt in einem der EG-Mitgliedsstaaten hat, ist berechtigt, ungeachtet der Herkunft, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen und abzustimmen.

Artikel 6

Jede Person hat das Recht auf freie Entfaltung und den Respekt ihrer Kultur, solange dies die grundsätzlichen Menschenrechte, die Würde und die Integrität eines Individuums nicht verletzt.

Artikel 7

Jeder Person wird die freie Entfaltung und die Freiheit ihres Gewissens garantiert. Nichts kann die Freiheit des Glaubensbekenntnisses, die freie Ausübung von Verehrung oder den Respekt für religiöse Feste und Rituale in irgendeiner Form verbieten oder behindern, weder öffentlich noch privat, solange hierdurch die Würde und Integrität eines anderen Individuums nicht verletzt wird.

Artikel 8

Jede Person, die in einem europäischen Land ihren rechtmässigen Wohnsitz hat, besitzt ohne Unterschied alle ökonomischen und sozialen Rechten.

Kein Gesetz und keine Handlung, die im Zusammenhang mit den Zugang zu Arbeit, Wohnung, Gesundheit, Erziehung, matrieller Sicherheit oder Hilfe im Fall von

ANZEIGE

Attatroll
Buchladen GmbH

· Papierwaren ·

· Postkarten ·

· Bücher ·

· Herner Str./Ecke Paulusstr. ·
· 4350 Recklinghausen ·
· Tel. 02361-17002 ·

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00